

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Regierungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inverate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 6. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Kämpfe der deutschen Gewerkschaften im verfloffenen Jahre.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der sich seit dem Jahre 1895 bemerkbar machte, hat im verfloffenen Jahre nicht nur angehalten, sondern eine weitere Steigerung erfahren. So hat der auswärtige Handel in den ersten 11 Monaten des Vorjahres eine Gesamteinfuhr von 33 425 830 Tonnen gegen 29 744 470 Tonnen im Jahre 1895 gehabt, mithin ein Mehr von 3 680 860 Tonnen. Die Ausfuhr belief sich in demselben Zeitraum auf 23 446 612 Tonnen gegen 21 569 572 Tonnen im Jahre 1895, mithin auch hier 1 877 040 Tonnen mehr.

Die bedeutendsten Industriezweige geben in den Handelskammer-Berichten geradezu glänzende Berichte über ihre Geschäftslage. Einer interessanten Schilderung des industriellen Aufschwungs in der „Social-Correspondenz“ entnehmen wir folgendes: Vorläufig sind der deutschen Arbeit noch alle Segel von günstigem Wind geschwellt. In der Eisenindustrie ist die Lage derart, daß manche Werke die zulebenden Aufträge nicht annähernd bewältigen können und andere auf vier bis sechs Monate hinaus feste Bestellungen haben. Namentlich tritt auch das Ausland noch immer als Käufer auf. Wie gut die Maschinenindustrie in jüngster Zeit beschäftigt war, geht auch aus der deutschen Statistik hervor, nach der in den ersten neun Monaten vorigen Jahres für 11 000 000 M. Maschinen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres ausgeführt sind. Dabei ist der deutsche Bedarf selbst ein so großer gewesen, wie kaum zuvor. Gegenwärtig sind fast alle Zweige der deutschen Maschinenbauindustrie noch auf Monate hinaus beschäftigt. Manche Erwerbszweige leiden heute nicht an Mangel an Aufträgen, sondern daran, daß sie Maschinen zur Erledigung der Ueberfülle nicht schnell genug bekommen können.

Schon hieraus kann man Schlüsse auf die Lage der Textilgewerbe ziehen. Auch sie haben in allen Hauptzweigen die Betriebskräfte ganz außergewöhnlich gesteigert. Im Bezirk Rähnchen-Gröden hat man die Zahl der Spinnereispindeln auf 620 000 vermehrt, 1896 waren nur 538 658 vorhanden. In der schlesischen Baumwollspinnerei hat sich die Zahl der Spindeln in der letzten Zeit um etwa 120 000 gesteigert; sie verfügt heute über mehr als 850 000 Spindeln, auf denen, ohne Nähfäden und Strickgarnen, jährlich etwa 60—70 000 000 Pfund Baaren hergestellt werden. Die Beschäftigung ist in den deutschen Baumwollspinnereien auch gegenwärtig eine gute. Manche Spinnereien haben bis weit in dieses Jahr hinein bereits mehr Aufträge, als sie bei normalen Betrieben bewältigen können. In zahlreichen Zweigen der Weberei ist die Geschäftslage eine ähnliche. Ueberall werden Betriebs-Erweiterungen vorgenommen. In Rähnchen-Gröden liegt die Zahl der Webstühle von 13 271 im Jahre 1895 auf 14 440 in neuester Zeit. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die neueren Webstühle weit größere Mengen Baaren herstellen als die alten. Der Umschlag der dortigen Webereien wird gegenwärtig auf 80—100 000 000 jährlich geschätzt. Die Webereien haben namentlich für den deutschen Markt, gleichfalls aber auch für Kanada, Südamerika und Australien große Aufträge; im Kreis-Geraer Bezirk scheinen auch aus den Vereinigten Staaten außergewöhnlich umfangreiche Bestellungen vorhanden zu sein. Im Wirtel-Großgewerbe ist man mit den in jüngster Zeit erteilten Aufträgen nur theilweise zufrieden. Diese Industrie ist auf den Markt der Vereinigten Staaten angewiesen und von dort sind die Aufträge nicht in dem erwarteten Umfange eingegangen. Doch sind die Bestellungen aus anderen Absatzgebieten und auch vom deutschen Markt erheblich.

Die günstige Lage der Großindustrie wirkt natürlich auch auf den Bergbau zurück. Die Fördermengen der schlesischen Kohlengruben sind so bedeutend, daß dort niemals mehr Eisenbahnwagen zum Kohlentransport verwendet wurden als jetzt. Dabei ist die Menge der auf anderen Versandwegen abgesetzten Kohlen nicht geringer geworden. Schon jetzt wegen der schlesischen Gruben die Aufträge nur durch das Anreisen der vorhandenen Lagerbestände zu erledigen; vom Februar ab wird sich jedoch der Bedarf noch um täglich etwa 25 000 Ztr. steigern. Es ist das auf die vielfachen Verbesserungen und Neubauten von Eisenbahnen, Puddel-, Schweiß- und Martinöfen, wie auch auf die Vermehrung der Koksanlagen zurückzuführen. In den rheinisch-westfälischen Kohlenbezirken sind die Ansprache an die Kohlengruben ähnlich. In diesem Bezirk wird eine erhebliche Erweiterung der Kohlenförderung stattfinden. Bis Ende des Jahres 1897 sollen 17 neue Gruben die Förderung aufnehmen und 12 weitere Anlagen spätestens bis 1. April 1898 in Betrieb gesetzt sein. Auch die Zechen, welche bisher dem rheinisch-westfälischen Kohlenbesitz angehörten, werden in diesem Jahre ihre Förderung bedeutend erweitern. Der Kohlenverbrauch der Zechen und Kokerien des westfälischen Kohlenbezirks betrug im letzten Oktober, trotz des Wagenmangels, nicht weniger als 496 087 Tonnen; das sind 65 117 Tonnen mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Niemand hat der Versand eine derartige Höhe erreicht; sie allein würde von der starken Beschäftigung der Koks verbrauchenden Industrien ein Bild geben.

Von kleineren Erwerbszweigen ist zu erwähnen, daß in neuerer Zeit sich auch die deutsche Spielwaren-Industrie einer günstigen Entwicklung erfreut. Die Sprache der Reichsstatistik ist auch auf diesem Gebiete berechtigt, denn nach ihr sind im vorigen Jahre für 21 832 000 M. Spielwaren in das Ausland zur Versendung gelangt, während in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres der Werth dieser Exportwaren bereits auf 26 080 000 M. gestiegen war.

Also selbst für dieses Jahr verkündet der Bericht zahlreiche Bestellungen und somit eine Fortdauer des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wie lange wir auf diesen Höhen noch wandeln werden, ist fraglich, nur ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Ausdehnung der Betriebe, die gesteigerte Produktivität der Arbeit und der Anreiz zu neuen Gründungen auch die stärkste Nachfrage auf dem Waarenmarkt überflügeln und mit der Ueberfülle des Marktes auch den Sturz herbeiführen wird.

Der künftige Pulsschlag des wirtschaftlichen Lebens hat natürlich auch auf die Gewerkschaftsbewegung fördernd eingewirkt, die Arbeiterklasse machte mit Recht ihren Anspruch an dem Goldregen, der über die Kapitalisten hereinbrach, geltend. Allerdings, der Antheil mußte in schweren Kämpfen errungen werden und bestand schließlich nur in wenigen Nieten, die bei einigen mißglückten Ver-

suchen auf ein Nichts zurückzuführen. Stolz und herabfordernd, fühlte sich das Unternehmertum stark genug, den bescheidensten Forderungen der Arbeiter Trotz zu bieten im Bewußtsein der Protektion, die ihm von den heutigen Machthabern einseitig gewährt wird, im Selbstvertrauen auf ihren Geldbeutel, der ihnen so oft das Ausweichen der Arbeiter gestattet hatte. Auf Seiten der Arbeiterklasse stand die Organisation, die Solidarität, die in der eifrigen Unterstützung der Ausständigen, dem Festhalten des Zugangs und der jähren Ausdauer im Kampf ein Bild beispielloser Ausdauer bot. Dabei war der Ueberfluß von Arbeitskräften, jener großen Zahl von Arbeitslosen, die so oft den Streikenden in den Rücken fallen, gemindert, ja, in einigen Betriebszweigen war in der Saison vorübergehend ein Mangel an geübten Arbeitskräften vorhanden. Diese Erscheinung trat allerdings nur sehr vereinzelt auf und sie ist soziales ein Beweis dafür, wie heute selbst bei einer sehr großen Steigerung der Produktion die Arbeitskräfte nie gänzlich aufgebraucht werden und die Großindustrie immer neue Kräfte aus dem disponiblen Fonds der Arbeitslosen heranzieht.

Nach der Richtung machte sich die sogen. Gründerperiode zu Anfang der 70er Jahre auf dem Arbeitsmarkt ganz anders bemerkbar. Obwohl sie den gegenwärtigen Aufschwung der Produktion nicht übertrug, trat dennoch der Mangel an Arbeitskräften sehr fühlbar hervor und in einigen Betrieben gingen die Arbeitslöhne ohne jede Arbeitsvermehrung in die Höhe. Man sieht, selbst eine stark vermehrte Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bringt die Kapitalisten nicht mehr in Verlegenheit. Das Meer der Arbeitslosen ist so groß, daß auch bei sehr gesteigerten Anforderungen noch Tausende vergeblich auf Anstellung harren.

Werken wir einen Rückblick auf die gewerkschaftlichen Kämpfe im vorigen Jahr, so dürfte es wohl kaum einen Verus geben, der nicht in Mitleidenschaft gezogen wäre. Arbeiterkategorien, die wir als die rückständigsten bezeichnen dürfen, denen schier unüberwindbare Schwierigkeiten bei ihren Kämpfen im Wege standen, haben, durch den jahrelangen Druck in ihren Erwerbsverhältnissen, durch rohe rückständige Behandlung aufgeschüttelt, sich ermannet und den Kampf gewagt. Die 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Berliner Konfektion zwangen die Regierung und die Presse, für sie Partei zu ergreifen. Die glänzende Lage der Großkonfektionäre stand in einem so grellen Widerspruch zu dem Elend und Jammer der in der Hausindustrie abgedrängten Arbeiterinnen, daß man mit den sonst üblichen wohlfeilen Redensarten, wie sie gegenüber allen Ausständigen in Übung und Gebrauch sind, nichts anfangen konnte. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußten die Herren Konfektionäre nachgeben und einen für die Ausständigen immerhin günstigen Vergleich abschließen. Auch in den übrigen Orten, in Breslau, Dresden, Halle, Erfurt, Stettin und Pommern kam ein mehr oder minder glücklicher Ausgang zu Stande. Gewissenlos, in der Jagd nach Profit auch die einfachsten Begriffe von Ehre und Ehrgefühl außer acht lassend, haben die Konfektionäre der Herren- und Knabenbranche später ihr vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gegebenes Versprechen zurückgezogen und nach und nach so ziemlich den alten Zustand wieder herbeigeführt. In der Mäntelkonfektion sind die in der freien Vereinbarung festgelegten Bestimmungen von den Zwischenweilern nur vereinzelt durchgeführt und auch die Großkonfektionäre drängen zum Rückzug. Lug und Betrug ist der Wahrspruch jener goldgierigen Ausbeuter geworden, die jahraus jahrein Millionen und Abermillionen einbehalten haben, Gewinne, die auf Kosten der Gesundheit und dem Wohlergehen Tausender von Arbeiterinnen erworben wurden. Und nun warten wir auf die Maßnahmen der Regierung, die den Arbeitern und Arbeiterinnen in Aussicht gestellt wurden. Das Berliner Gewerbegericht hat seine Untersuchungen über die Arbeitsverhältnisse in der Konfektion trotz der starken Abneigung der Konfektionäre zu Ende geführt; die Protokolle über die Erhebungen vor der Reichskommission für Arbeiterstatistik sind veröffentlicht, aber über die gesetzgeberischen Maßnahmen wird ein großes Stillschweigen bewahrt.

Soweit bei den weiteren Arbeitsverhältnissen Berlin in Betracht kommt, wurde fast ohne Ausnahme die neunstündige Arbeitszeit gefordert und fast allgemein durchgeführt. Die Annahmearbeiter (Maurer und Zimmerer), die in den letzten Jahren unter der ungünstigen Konjunktur und der Zerrissenheit ihrer Organisation sehr gelitten hatten, machten einen erfolgreichen Vorstoß für diese Forderungen und setzten auch einen Stundenlohn von 55 Pfg. durch. Fast alle größeren Städte in der Provinz folgten dem Beispiel. Vielfach wurde auch hier mit einer prozentualen Lohnerhöhung der Neunstundentag eingeführt. Die Maler zeigten eine überaus regsame Thätigkeit, die sowohl in der Provinz wie in Berlin, wo in 250 Geschäften mit 2200 Arbeitern die Anerkennung des Lohns erzielt wurde, gute Erfolge aufwies. Die Tischler streikten in 26 Orten. In Berlin, Steglitz, Burg, Leipzig und Gassenhausen wurden sämtliche Forderungen bewilligt, in den anderen Orten zum Theil.

Dagegen endete der Streik der Stuhlarbeiter in Lauterberg nach 23 Wochen nicht befriedigend, wenn auch die Fabrikanten ihren Willen, die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen, nicht durchsetzen konnten. Ein besseres Ergebnis hatte der Streik der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter und der Möbelpolierer in Berlin, ebenso konnten die Drechsler in Berlin, Nürnberg, Stuttgart und Leipzig einen Erfolg ihres Lohnkampfes melden.

Die Holz-Bildhauer erreichten in den meisten Berliner Geschäften ohne Ausstand die 8 1/2stündige Arbeitszeit und einen Minimallohn. Denselben glücklichen Ausgang hatten die Gyps-Bildhauer und Stuckateure zu verzeichnen. Die Berliner Tabakarbeiter erkämpften in einem Ausstande, der sich 14 Wochen hinzog, für 1400 Berufsangehörige die Anerkennung des von der Lohnkommission aufgestellten Tarifs. (Schluß folgt.)

### Politische Ueberblick.

Berlin, 5. Januar 1897.

Der Kaiser hat am Neujahrstage Bestimmungen zur Ergänzung der Einführungsordnungen zu der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere vom 2. Mai 1874 erlassen. Dieselben beginnen mit der Willenskundgebung:

Ich will, daß Zweikämpfe meiner Offiziere mehr als bisher vorgebeugt wird. Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfreitigkeiten und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher

Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist.

Der Kaiser wünscht, daß die zur Versöhnung angebotene Hand angenommen wird, soweit Standesehre und gute Sitte es zulassen. Der Ehrenrath soll künftighin grundsätzlich bei dem Austrage von Ehrenhändeln mitwirken mit der Absicht, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.

Die wichtigsten Bestimmungen lauten: Kommen zwischen Offizieren Privatfreitigkeiten und Beleidigungen vor, die nicht alsbald auf gütlichem Wege standesgemäß beglichen werden, so sind die Beteiligten verpflichtet, unter Unterlassung aller weiteren Schritte ihrem Ehrenrath sofort Anzeige zu machen.

Ein Ausgleich ist vom Ehrenrath anzustreben, soweit es die Standesehre irgendwie zuläßt.

Ueber einen Offizier, der unter Umgehung des Ehrenraths — oder vor endgültiger Entscheidung über den Beschluß des Ehrenraths, — oder unter Nichtachtung des endgültig festgestellten Ausgleichsvorschlags oder der Feststellung zu II, — oder vor meiner Entscheidung auf den ehrengerichtlichen Spruch einen anderen Offizier zum Zweikampf herausfordert oder die Herausforderung eines anderen Offiziers zum Zweikampf annimmt, ist mir sofort zu berichten.

Ist einer der Beteiligten ein General, so bleibt die Bestimmung des Kommandeurs und der Mitglieder des Ehrenraths meiner Entscheidung vorbehalten.

Das Duell wird durch diese Kabinettsordre nicht aus der Welt geschafft. Der Zweikampf an sich wird nicht prinzipiell verworfen, er wird für notwendig weiter anerkannt, soweit er durch die Standesehre geboten ist. In einer Reihe von Fällen wird künftighin der Kaiser zu entscheiden haben, ob ein Duell stattfinden hat. Aus den Ausführungen der „Vossischen Zeitung“ heben wir die folgende Stelle hervor:

Die jetzige Kabinettsordre lehnt sich an die bis zum Jahre 1874 in Geltung gewesene Verordnung vom 20. Juli 1843 an. Eine Vergleichung der früheren Bestimmungen mit denen der Kabinettsordre zeigt aber, daß jene Verordnung die Beurtheilung des Zweikampfes doch in erheblich schärferer Form ansprach. So wurde die Verordnung mit den Worten eingeleitet: „Der Zweikampf sowie die Herausforderung zum Zweikampf ist durch das Gesetz verboten und strafbar.“ Ein solcher Hinweis auf die Strafbarkeit des Zweikampfes vermißt man in der neuen Kabinettsordre. Diese bestimmt, daß über Offiziere, die ohne Genehmigung des Ehrenraths oder wider dessen Verbot einen Zweikampf eingehen, dem Kaiser Bericht erstattet werden soll. Die Verordnung vom Jahre 1843 bestimmte für solche Fälle ausdrücklich Strafverfügungen, die zu den schon an sich durch das Strafgesetz für den Zweikampf bestimmten hinzutreten sollten.

Die „Freisinnige Zeitung“ schließt ihre Betrachtungen folgendermaßen:

Den neuen Bestimmungen kann man diese Halbheit und diesen Widerspruch nicht in dieser Weise (wie der Verordnung vom Jahre 1843) zum Vorwurf machen. Offen aber bleibt die Frage, ob es möglich ist, daß ein Offizier nach Bestätigung eines ehrengerichtlichen Spruchs durch den Kaiser noch zum Duell schreiten kann, ohne seiner Stellung alsbald verlustig zu werden.

Bis zur näheren Klarstellung aller Einzelheiten in der Kabinettsordre fassen wir unser Urtheil über dieselbe dahin zusammen, daß sie zwar das Duell nicht abschafft, auch nicht verpönt, aber in dankenswerther Weise in ganz erheblichem Umfange einzuschränken geeignet ist. Auch ist die völlige Beseitigung danach möglich, wenn solche im Willen des Kaisers liegt.

Die „Germania“ bemerkt: Das die Ordre das Duell nunmehr im preussischen Heere auszrotten werde, wird wohl bei der Bekürre derselben niemand so hoffen wagen. Zu dem Ende hätte dieselbe etwa so lauten müssen, wie der Zusatz zu den Kriegsartikeln, durch welchen dem Duell im englischen Heere ein Ende gemacht wurde: Jeder Offizier, welcher sich duellirt, wird aus dem Heere entlassen. Die Kabinettsordre steht nicht auf dem Boden dieser Anschauung; das geht schon aus der wiederholten Anwendung der Ausdrücke „Standesehre“, „Standesitte“ hervor, welche, wie es scheint, dem Offizier eine besondere Ehre und besondere Sitte vindicieren.

Die eigenartige staatsrechtliche Stellung des Kaisers tritt aus Anlaß der neuesten Kabinettsordre wieder stark hervor. In seinem, des Königs Namen, sprechen die Landesgerichte über Duellanten Strafen aus und in seinem, des obersten Kriegsherrn, Auftrage, bestimmen Ehrengerichte, ob Duelle zu gestatten sind.

Einen glänzenden Sieg haben unsere Genossen in Gera bei der heute dort stattgehabten Landtags-Stichwahl errungen. Dieselbe war durch den Lob unseres Parteigenossen Hahn notwendig geworden. Von den Gegnern wurden die allergrößten Anstrengungen gemacht, um den Sitz unserer Partei zu entreißen. Es vereinigten sich deshalb, unbeschadet ihrer sonstigen Feindschaft, Konservative, Antisemiten, Freisinnige und Nationalliberale auf den Wischmasch-Kandidaten Fabrikanten Erbe. Von unseren Genossen wurde der Vertrauensmann der Partei Wetterlein aufgestellt. Wie uns nun eine Privatdepesche berichtet, siegte unser Kandidat mit 728 Stimmen, während auf den Gegner nur 325 Stimmen fielen. Bravo!

In der Untersuchungssache gegen Herrn von Tausch fanden gestern Zeugenvernehmungen statt. Vorgeladen waren der Gerichts-Berichterstatter Oskar Jossler, der Chefredakteur der „Staatsbürger-Ztg.“, Dr. Bahlke, der Redakteur Berger von derselben Zeitung und der Redaktionssekretär des „Sozial-Anzeiger“ Dr. Sandstein. Dem Vernehmen nach hat die Untersuchung jetzt ergeben, daß v. Tausch sich nicht unter einem „angeblichen“ Vorwande auf die Redaktion des

"Berliner Tageblatt" begeben, sondern daß er dort tatsächlich sich in den Besitz des ihm fehlenden einen Blattes der Joellmer'schen Korrespondenz in Sachen Ledert v. Böhlow zu setzen versucht hat. Bei der "Staatsbürger Zeitung" soll v. Tausch nur den zweiten Teil des Joellmer'schen Berichtes erhalten haben; zur Vervollständigung desselben wollte er den Chefredakteur des "Berliner Tageblattes" Dr. Leyslohn um den Anfang bitten. Da dieser Wunsch nicht erfüllt werden konnte, so ersuchte v. Tausch Joellmer um das Originalmanuskript, das dieser auch ohne weiteres anhäudigte. Die Untersuchung gegen v. Tausch wird, wie die gerichtlichen Vorladungen ergeben, wegen wissentlichen Meineides geführt. Es liegt z. B. noch ein derartig umfangreiches Material zur Untersuchung vor, daß vor Ende März kaum die Voruntersuchung geschlossen werden dürfte.

In der "Staatsbürger-Zeitung" findet sich folgende Mitteilung: Gestern sind zwei Redakteure der "Staatsbürger-Zeitung", die Herren Dr. Wachler und Berger, von dem Untersuchungsrichter darüber vernommen worden, ob ihnen Normann-Schumann bekannt ist, und in welcher Form er Beziehungen zur Redaktion gesucht und eventuell wie er sie ausgenutzt habe. Das Ergebnis der Vernehmung war ein negatives.

Das Ermittlungsverfahren gegen Normann-Schumann erstreckt sich nach der "Staatsbürger-Ztg." auf Anstiftung zur Majestätsbeleidigung.

### Deutsches Reich.

Die Einbringung des Auswanderungsgesetzes im Reichstage ist dem Vernehmen der "N. L. Z." zufolge höchst wahrscheinlich Ende Januar oder Anfang Februar zu erwarten. Der Entwurf soll gegen den in der Reichstagsession 1892/93 zur Verlage gelangten erhebliche Verbesserungen namentlich in der behördlichen Anmeldung der Auswanderung und den Bestimmungen über die Verpflichtungen der Rhedereiengesellschaften über die Beförderung von Auswanderern aufweisen. In kolonialen Kreisen habe seit Mitte des vorigen Jahres sich die Ansicht geltend gemacht, ob nicht die koloniale Siedelung besser dabei fahre, wenn diese in einem besonderen Gesetze geregelt werde. Zunächst komme nur Südwest-Afrika für die Besiedelung in Betracht. Ferner sei doch die Errichtung des Anstaltswesens, das mit einer Regelung der Auswanderung, ob nun diese nach den Kolonien gehe oder in fremde Länder, organisch verbunden sein müsse, für die Kolonien mit viel mehr Verpflichtungen und Verantwortung verbunden, als gegenüber der Auswanderung in fremde Länder. Es scheint der "N. L. Z.", als ob die jetzt zu erwartende Vorlage sich somit auf Regelung der Auswanderung ins Ausland beschränkt habe und beabsichtigt wird, den besonderen Ansprüchen einer Besiedelung der Kolonien, wie sie den Anregungen des Kolonialrats entspricht, lieber auch in einem besonderen Gesetze zu regeln.

Bei dem klimatischen Charakter unserer Kolonien dürfte ja auch im Besiedelungsgesetz für unsere so theuren Kolonien eine der am mindesten dringlichen gesetzgeberischen Aufgaben sein.

Der Entwurf eines neuen Handels-Gesetzbuchs soll dem Reichstage in der zweiten Januarhälfte zugehen.

Gegen den Mädchenhandel. Der preussische Minister des Innern hat an die Provinzialbehörden einen Erlaß gerichtet, welcher sich mit dem Mädchenhandel befaßt. In dem Erlasse wird darauf hingewiesen, daß die Verlockung weiblicher Personen nach dem Auslande zu unethischen Zwecken neuerdings wieder in starkem Umfange stattzufinden scheint. Als ein vorzugsweise geeignetes Mittel zur Warnung unerfahrenen Personen empfehle es sich, von Zeit zu Zeit durch die Presse auf das Treiben der Kuppler aufmerksam zu machen und die Gefahren eines leichtsinnigen Eingehens auf deren täuschende Anerbietungen vor die Augen zu führen. Was hiermit geschieht. Viel helfen wird es allerdings nicht. Ein paar der Händler-Galanten mehr können zwar bei schärferer Aufmerksamkeit gefaßt werden, die Prostitution selbst kann man damit und auch mit anderen Mitteln nicht austrotzen; sie ist untrennbar mit der heutigen Gesellschaft verbunden.

Gegen den Professoren-Sozialismus. Wenden sich wieder einmal die "Hamb. Nachr.". Sie sind ganz während darüber, daß Prof. Hans Delbrück in seinen "Preussischen Jahrbüchern" die Regierung aufforderte, das Unternehmertum nicht mehr zu unterstützen, den Arbeitern volle Vereinsfreiheit zu gewähren, der Ungnade des Herrn von Stumm zu trohen und die Vorteile, welche die Sozialdemokratie davon haben würde, ruhig in den Kauf zu nehmen; denn "Bildung und Wissenschaft" ständen auf Seite der Arbeiter, nicht auf der der Unternehmer. Das "Wismarckblatt" spricht Delbrück als Sozialisten, als "Genossen" an und schiebt seine löcherne Standrede folgendermaßen: "Im übrigen liefert das Auftreten des Herrn Delbrück einen neuen Beweis, daß der Professoren-Sozialismus notwendig zur Sozialdemokratie führt und daß es im Interesse von Staat und Gesellschaft erforderlich ist, der zunehmenden Vergiftung der akademischen Jugend wie der gelehrten Kreise durch die sozialdemokratischen Ideen einiger doktrinäer Professoren, die vom wirklichen Leben nichts wissen, in zweckmäßiger Weise vorzubeugen." Der arme Delbrück, jetzt sind er und seine "doktrinären" Kollegen geliefert! Wer einen blässen Schimmer von Sozialismus hat und Herrn Delbrück's literarische und politische Tätigkeit auch nur einigermaßen verfolgt hat, muß wissen, daß Herr Delbrück von der Sozialdemokratie eine unüberbrückbare Kluft trennt. Freilich, von den "Hamb. Nachr." Wissen und ethische Kampfmittel fordern, wäre eine unverzeihliche Rauelei.

Riesen-Grundbesitz. Der Tod des Fürsten von Fürstberg, so schreibt der Stuttgarter "Geob.", bringt wieder einmal in Erinnerung, wie der Besitz an Grund und Boden im Deutschen Reich so ungleich ausgebreitet ist. Die Grundbesitzfläche des Fürsten wird nämlich auf 2090 Quadratkilometer = 209 000 Hektar geschätzt. Das Großherzogthum Baden hat einen Flächeninhalt von 15 081 Quadratkilometer = 1 508 100 Hektar. Demnach beträgt der Grundbesitz des Fürstenbergers allein über 1/3 der Gesamtfläche des Großherzogthums Baden. Ja, Sebel gibt denselben in seinem Buche "Die Frau und der Sozialismus" noch höher an, nämlich auf 275 000 Hektar. Bei dieser Gelegenheit ist es wohl nicht unangebracht, einmal wieder daran zu erinnern, daß 15 Großgrundbesitzer miteinander 4 815 000 Hektar oder mehr als 1/3 der in Anbau genommenen Bodenfläche Deutschlands besitzen, und zwar:

Die Fürsten von Fugger und Wied mit je	110 000 Hektar
Der Herzog von Ratibor, Fürst Löwenstein-Wertheim-Rochefort, Fürst v. Beuthstein-Steinfurt und Herzog v. Bentzenberg mit je	140 000 "
Fürst Reiningen	160 000 "
Fürst Pleß	165 000 "
Herzog von Talleyrand-Sagan (Vater der Fürstin Wittwe Dorothea)	200 000 "
Fürst Salm-Salm	220 000 "
Fürst Fürstberg und Herzog von Braunschweig mit je	275 000 "
Fürst von Thurn und Taxis	300 000 "
Herzog von Arenberg	320 000 "
Fürst Wittgenstein	1 230 000 "

Wie viele tausende von deutschen Reichsbürgern sind auf diesen Besitzungen die modernen Sklaven dieser Herren! Ist das die "göttliche Weltordnung", die zu erhalten kein Mittel schlecht genug ist?

Erzwingene Germanisierung. Im Kreise Weuthen gehen die Behörden weiter mit großer Thatsache gegen die polnische Agitation vor. Nachdem erst kürzlich bei den Vorstandsmitgliedern des Weuthener Sokels eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden war, wurde der "Post" zufolge am Freitag in Heidal eine große Anzahl polnischer Agitationschriften beschlagnahmt, die eben zur Verteilung unter die Bevölkerung kommen sollten. Ferner wird aus dem

Regierungsbezirk gemeldet, daß bei der Wahl neuer Gemeindevorsteher fortan nur solche Kandidaten vorgeschlagen werden dürfen, die der deutschen Sprache mächtig sind.

Die Verschmelzung der polnischen mit der deutschen Bevölkerung dürfte auf diesem Wege kaum gefördert werden. Eher ist das Gegenteil zu erwarten.

Der Klagen der Mohr. Neuerdings sind einige Blätter zu 15 M. Geldstrafe wegen Hochbeleidigung verurtheilt worden. Hierzu bemerkt die "Deutsche Tageszeitung": "Wir würden den verurtheilten Blättern rathen, Verunsicherung einzulegen, da vorwiegend die höheren Instanzen sich dem Urtheil derjenigen Gerichte anschließen werden, die einen Thaler für ausreichende Sühne erklärt haben."

Saubere Sicherheitswächter. Aus Wesel berichtet die "Köln. Volks-Ztg.": Wegen erheblicher Amtszücheltungen, die sie sich in trunkenem Zustande während der Sylvesternacht haben zu Schulden kommen lassen, sind hier drei Nachschubleute sofort aus ihrer Stellung entlassen worden. Die Angelegenheit wird außerdem noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Leipzig, 4. Januar. (Fig. Ver.) Das Bernsteinmonopol der Firma Stantien u. Beder ist auch in Leipzig schwer empfunden worden. Auf Veranlassung des preussischen Ministeriums ist durch die Vermittelung des sächsischen Ministeriums seitens der Leipziger Gewerkekammer eine Enquete vorgenommen worden über die in Leipzig vorhandene Bernsteinfabrikation, namentlich des Ambroid. Wie nun der amtliche Bericht der Kammer feststellt, besteht in Leipzig eine Firma, welche Ambroid herstellt. Diese Firma hat nun seinerzeit bei Stantien u. Beder für 100 000 M. Bernsteinkäufe bestellt, aber nicht geliefert erhalten, da die Firma Stantien u. Beder diese Bernsteinkäufe nur nach dem Auslande verkaufte. Der Betriebsunternehmer war durch den Patriotismus von Stantien u. Beder gezwungen, den in Deutschland gefähten Bernstein mit Preis- und Kostenaufschlag in Wien zu erwerben.

Das Organ der Wiener Drechslermeister hat übrigens zu Neujahr einen erleuchtenden Artikel gebracht, in dem das Bestehen der Firma Stantien u. Beder geradezu als ein Glück für die Bernsteindrechsler gefeiert wird. Wäre Beder und sein Bernsteinmonopol nicht, wäre schon lange das ganze Pfleisspitz-Drechslergewerbe ruiniert. Der Schreiber gesteht, daß er das Material zu seinem Artikel der obengenannten Firma verdankt.

Der sächsische Militärverein in Niederhafflau bei Zwickau hat an das königliche Ministerium des Innern eine Petition gerichtet, von aussichtslos den Bundespräsidial-Beschluß der königl. sächsischen Militärvereine, betreffend den Ausschluß von Vereinsmitgliedern bezw. ganzer Vereine, wegen Vetheiligung an sozialistisch geleiteten Konsumvereinen auszuheben.

Medlenburgisches. Die medlenburgischen Gutsbesitzer dürfen die Kinder ihrer Gutsinsassen prägen, obgleich das Gesetz es nicht gestattet. Das Oberlandesgericht hat ihnen in einem vom Oberlandesgerichtsrath Dr. G. v. Bucha, dem bekannten Reichstags-Abgeordneten für Rostock, unterzeichneten Urtheile dieses "Recht" zugesprochen. Ein Gutsbesitzer hatte einen Hältejungen, der ihn nicht grüßte, geschlagen, u. a. mit einer Reitpeitsche. Die Angelegenheit beschäftigte die Gerichte. Das Oberlandesgericht stellte fest, daß der Hältejunge den Gutsbesitzer durch Nichtgrüßen beleidigt hat und der Gutsbesitzer zu einer "väterlichen Züchtigung" berechtigt war, wenn das Gesetz diese auch nicht ausdrücklich gestalte. Es handelte sich um einen Brauch, der in Medlenburg auf dem Lande nach alter Sitte und ausnahmslos in Übung sei. Es darf also in Medlenburg lustig darauflos geträpelt werden! Die "Medlenb. B. Z." bemerkt zu dem Urtheil: "In jenem Urtheil wird den Gutsbesitzern und Gutspächtern das Recht zugesprochen, die Kinder der Gutsinsassen, falls sie landwirtschaftliche Dienste verrichten, in "väterliche" Zucht zu nehmen und sie gegebenenfalls mit der Reitpeitsche zu verhandeln! Desgleichen erklärt dasselbe Urtheil es für eine strafbare Handlung, wenn ein Gutsbesitzer am Gutsbesitzer oder -Pächter vorübergeht, ohne diesen ehrjuchtsvoll zu grüßen! Alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche mit einem solchen Urtheilspruch einverstanden sind, werden diese ihre demüthige Gesinnung am besten dadurch bekunden können, daß sie sich die Agitation für eine eventuelle Wiederwahl des Herrn Reichstags-Abgeordneten Dr. v. Bucha recht angelegen sein lassen! Jeder Arbeiter aber, welcher meint, daß die Zustände, welche in jenem Urtheil so recht bestehend festgehalten werden, eine entehrende Herabwürdigung des Arbeiterstandes gegenüber dem Herrenstande ausdrücken, wird durch das Lesen dieses Urtheils sicherlich in dem Bestreben bekräftigt werden, durch Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen eine gründliche Beseitigung derartiger Zustände anzubahnen."

Offenbach a. M., 5. Januar. Der allgemeine Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften petitionirt bei dem preussischen Staatsministerium und dem Abgeordnetenhaus darum, die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Handelskammer-Notelle von der Beitragspflicht zu den Handelskammern zu befreien, dagegen die staatlich beschäftigten Revisionsverbände der Genossenschaften als Genossenschaftskammern zu behandeln und den Handelskammern gleichzustellen.

Es geht auch ohne Duell. Der stud. phil. B. Conrad in Freiburg i. Br. will als Einjähriger nicht besonders gut behandelt worden sein. Nach seiner Dienstentlassung begegnete er seinem früheren Hauptmann auf der Straße und machte seinen Unmuth gegen denselben in derben Worten Luft. Der Offizier stellte Strafantrag. Der Student wurde vom Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt. Die Strafkammer hob das schöffengerichtliche Urtheil auf und erkannte auf 100 M. Geldstrafe. Wird diesem Hauptmann der blaue Vogen zustiegen?

### Oesterreich.

Wien, 4. Januar. (Voss. Ztg.) Eine Abordnung der Großindustriellen, zumeist der Eisenindustrie Böhmens angehörend, hat neuerlich Vorstellungen beim Handelsminister Glanz gegen die Ernennung des Abg. Exner zum österreichischen Generalkommissar auf der Pariser Ausstellung erhoben. Exner habe durch sein Eintreten für den Jehannudentag, der weder in der Schweiz noch in Deutschland gefeiert werde, die österreichische Industrie schwer geschädigt, ohne der Arbeiterschaft Nutzen zu bringen. Der Handelsminister antwortete ablehnend, da auch die Industriellen die besondere Befähigung Exner's für die Stellung zugeben müssen und Exner's Ernennung der österreichischen Regierung bereits amtlich mitgetheilt wurde.

Das Vorgehen der österreichischen Großindustriellen erscheint erst im rechten Lichte, wenn man bedenkt, daß der Abg. Exner Hofrath und einer der am meisten nach rechts stehenden Abgeordneten ist. Freilich, wo der Frost in Frage kommt, hört die Freundschaft der Schlotbarone auf.

Wien, 5. Januar. Das Abgeordnetenhaus hat heute unter säkularischem Beifall der deutschen Linken in namentlicher Abstimmung mit 100 gegen 98 Stimmen den in den beiden letzten Jahren jedesmal bewilligten Budgetposten für ein silesisches Gymnasium in Gilly abgelehnt. Wegen den Budgetposten stimmten die Linke, die Deutschböhmen, Deutschnationalen und Christlich-Sozialen, dafür die Polen, Jungtschechen, Konservativen und Südslaven. Die Italiener und die Vertreter der katholischen Volkspartei waren bei der Abstimmung nicht zugegen. Nach Ablehnung des Postens rief der Abg. Sussner: "Das ist eine Schande für das deutsche Volk!" Der Abgeordnete Ruzik protestirte gegen diesen Zwischenruf, worauf der Präsident Sussner zur Ordnung rief. Der herabgesetzte Betrag des Vorschlags wurde hierauf angenommen.

Es handelt sich hier nur um einen Scheinerfolg der Deutschliberalen. Bei der dritten Lesung werden die Slaven vollgültig im Hause erscheinen und den Posten für das Gymnasium in Gilly wieder herstellen.

### Frankreich.

Belogen wie telegraphirt. Dieser Satz hat sich bei den französischen Senatswahlen wieder bewährt. Gerade wie nach den französischen Gemeindevahlen des vorigen Jahres hieß es: große Niederlage der Sozialisten. Damals stellte sich hintennach heraus, daß die Sozialisten bloß deshalb eine große Niederlage erlitten hatten, weil sie den Reaktionsären nicht alle Sitze abgenommen. Nächst jetzt mit den Senatswahlen, die bekanntlich nach einem verwickelten, den Ausdruck des Volkswillens erschwerenden Modus stattfanden. Es war ein Drittel der Senatoren zu wählen. Und das Resultat war: auf 97 Mandate erhalten die Sozialisten 3, statt 1, die Radikalen 16, statt 10, während die Opportunisten sich auf 66 halten, die Monarchisten aber von 20 auf 12 fallen. Die Monarchisten hatten also die Kosten der Wahl zu bezahlen, die Opportunisten blieben still stehen, und die Sozialisten und Radikalen machten Fortschritte. Diese Verschiebung nach Links ist um so erfreulicher, als sie mit einer beträchtlichen Vermehrung der radikalen und sozialistischen Stimmen verbunden ist. Vermuthlich wird das Resultat sich noch günstiger stellen, wenn wir die Angaben der Sozialisten haben, denn jetzt liegen bloß die des reaktionären Telegraphen vor, der die Gewählten jedenfalls so gruppiert hat, daß den Reaktionsären mancher zugezählt ist, der ihnen nicht gehört.

Und das nennt der Telegraph eine "Niederlage" der Sozialisten! —

### Belgien.

Brüssel, 5. Januar. Anlässlich der bevorstehenden Aushebung des Kontingents durch Looshebung, werden die Sozialisten im ganzen Lande gegen das herrschende Militärsystem, das ausschließlich auf die Armen die Last der Steuer legt, protestiren. Eine Agitation über das ganze Land ist in Angriff genommen.

### Italien.

Ein neuer Ausbruch der Volksver zweiflung in Sizilien meldet die "Sossische Zeitung": "Zwei Gemeinden der Provinz Palermo fanden Tumulte wegen Steuerdruckes statt. In San Giuseppe Jato (Südwestlich von Palermo) lehnte sich das niedere Volk gegen die Einführung der Verzehrsteuer auf. Dreitausend Personen rotteten sich zusammen und verbrannten mehrere Steuerhaußer. Häuschen bei einem Zusammenstoß mit der Polizei, die über zwanzig Verhaftungen vornahm, wurden ein Kommissar und ein Sendarm durch Steinwürfe verletzt. Militär stellte die Ruhe her, doch sind die palermitaner Behörden nicht ohne Sorge, da vielfach großes Geseß und Erbitterung über das Ausbleiben von Reformen herrscht und eine neue Agitation der Sozialisten im Gange ist."

Rubini erntet wie Crispin, was er gesät hat. Das ständige Gesprechen von Reformen, gefolgt von völliger Thatsenlosigkeit und Verbarren im alten Schlandrian, kann in einem Lande wie Sizilien nichts anderes zur Folge haben, als Ausbrüche der Volksver zweiflung, wie wir sie Ende 1893 erlebt und wie sie sich nun im Kleinen, vielleicht bald im großen wiederholen werden.

### Spanien.

Madrid, 4. Januar. Amtliche Depeschen berichten über keine Schamähe, die auf Kuba und den Philippinen stattfinden. Natürlich blieben auf beiden Kriegsschauplätzen die Spanier im Vortheil. Das allgemeine Schema aller dieser Meldungen lautet: Auf einen todtten Spanier kommen zehn todtte und "zahlreiche" verwundete Insurgenten.

Madrid, 5. Januar. (Frankf. Ztg.) Der Ministerpräsident Canovas erklärte, wenn Sagasta sich im Lande fühle, den Krieg auf Kuba zu beenden, ohne dem Lande neue Opfer aufzulegen zu müssen, werde er ihm sofort die Regierung überlassen. Es ist un zweifelhaft, daß Canovas in den nächsten vier Tagen der Königin die Vertrauensfrage stellen wird.

Madrid, 5. Januar. Eine Privatdepesche aus Havana meldet, Maxim Gomez habe die Trocha bei Jucaro überschritten. — In Siles's Atlas findet sich ein Ort Jucaro an der Südküste von Kuba verzeichnet, westlich von Puerto Principe. Von Jucaro aus führt eine Eisenbahn nach Norden, beinahe bis an die Küste, die hier sumpsig ist. Man könnte diese Eisenbahnlinie als eine Trocha bezeichnen, denn so lange sie in den Händen der Spanier sich befand, sperrte sie den Uebergang vom Osten nach dem Westen. Maxim Gomez stand bisher im Osten von Kuba. Die oben angeführte Meldung würde also, wenn sie sich auf dieses Jucaro beziehe, ein Vordringen der Insurgenten in dieser Richtung nach Havana anzeigen. Gibt es aber an der eigentlichen Trocha noch ein Jucaro, dann bedeutete die Meldung die Vereinigung der beiden Hauptkorps der Aufständischen. Und dann verständ man auch die Handlungsweise des spanischen Ministerpräsidenten Canovas, der den Karren stecken lassen und sich empfehlen will.

Die Barcelonaeer Anarchisten, die zum Theil zum Tode verurtheilt wurden, scheinen in der Untersuchungsphase thatsächlich gefoltert worden zu sein, denn die Vertheidiger — 50 Offiziere der Barcelonaeer Garnison, hätten sich schon mit Rücksicht auf ihr militärisches Dienstverhältnis nicht behauptet, wenn sie dafür nicht vollgiltige Beweise in Händen gehabt hätten. Schuldlos gab es unter den Angeklagten zweifellos, aber so mancher scheint bloß auf grund der insam erpreßten Geständnisse verurtheilt worden zu sein.

### Bulgarien.

Das Geheimniß der Ermordung Stambulow's. Die "Köln. Ztg." meldet aus Sofia: Der Staatsanwalt erhielt einen Brief des abwesenden Sofas Jozef Nischow, der sich darin bereit erklärt, das Geheimniß des Mordes Stambulow's zu enthüllen, wenn Maßnahmen zu seiner Sicherheit getroffen würden. Aus Nischow's Brief geht hervor, daß seine Aussagen sich gegen Natschewitsch und die Polizei richten, und daß er aus Furcht infolge von Drohungen Bulgarien verlassen hat.

### Türkei.

Kretensisches. Die "Köln. Ztg." berichtet aus Randia, daß die Erbitterung auf neue im Steigen sei, und daß, wenn die Mächte nicht unmittelbar einschreiten sollten, um die arbeitssame Bevölkerung in den Stand zu setzen, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, es so kommen werde wie im vorigen Jahre.

### Afien.

Ein großer Postskandal beschäftigt seit Anfang November die gesammte japanische Presse. Zu allererst drachte die in Osaka herausgegebene Zeitschrift "Nisshu-Roku-Setsu" einen mehrere Seiten langen Artikel, dessen Spitze sich vornehmlich gegen den Postminister Grafen Hisamoto richtete und ihn beschuldigte, in Verbindung mit dem vorigen Premierminister Marquis Itō und Graf Hisamoto soll zur Folge gehabt haben, daß sie bei der Verteilung von kaiserlichen (nicht staatlichen) Ehrengeschenken nach dem Kriege mit China sich durch gegenseitige Empfehlung die höchsten Summen von 100 000 und 70 000 Yen verschafften, während die verdientesten Feldherren, die Obergenerale Yamagata und Marquis Ojama und der Admiral Marquis Saigo, kaum ein Drittel oder die Hälfte, nur je 30 000 Yen erhielten, obwohl sie zuerst das doppelte bekommen sollten. Dies sind nur die leichtesten der zahlreichen Beschuldigungen, die wir bloß deshalb wiedergeben, um die allgemeine Aufregung der japanischen Presse begrifflich erscheinen zu lassen. Als der besagte Artikel in der "Nisshu-Roku-Setsu" am 5. November erschien, herrschte anfangs einige Tage lang allgemeines Stillschweigen. Vier Tage später druckte die in Tokio erscheinende Zeitung "Nippon" den ganzen Artikel ab und begleitete die "Entscheidungen" mit bekräftigenden Zusätzen. Darauf nahmen auch fast alle übrigen Zeitungen zu dem Artikel Stellung, und es entstand im ganzen Reich ein äußerst lebhafter Federkrieg. Da wurde, wieder erst einige Tage später,



1896, 1817, 1820 h. Frau W. Wals 27, 25. Für den Kampf der Gerechtigkeit 12, 60. B. W. W. 12, 4. — Schützengilde Wilmann, Kärcherstr. 1. — Tischlerei...

Verichtigung. 1. Es muß heißen: Metallarbeiter von Cottbus u. Co., Emdenstraße, 22, 95. 2. Reichenanwalt Genossen in Nr. 300 20. — Weitere Sendungen nimmt das Berliner Gewerkschaftsbureau...

Gewerkschaftliches.

Zug von Arbeitern nach den Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten!

Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (H. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16)

In Lübeck haben die streikenden Arbeiter des Emailierwerks von Thiel u. Söhne beschlossen, diese Woche auf die Unterstützung zu verzichten. Der Beschluß wurde in geheimer Abstimmung mit 208 gegen 15 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen gefaßt.

In Stendal ist der Bod'sche Zigarbeiter-Streit, dessen Ende schon gemeldet wurde, zu gunsten der Arbeiter ausgefallen.

Zu Landesgefängnis in Zwickau hat der Redakteur des sächsischen Bergarbeiterorgans „Glückauf“, Genosse Gladowitz, am 4. Januar die achtmontatige Freiheitsstrafe angetreten, die ihm wegen Verleumdung der Bergdirektoren Wagner und Weil auf Behe „Konfordia“ in Oelsnitz i. B. auferlegt ist.

In Leipzig ist der Streit der Drechler in der Zelluloidwaarenfabrik von Schunke und Engelmann beigelegt; die Firma bewilligte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat über die Fabrik von Welter u. Komp. in Sursee im Kanton Luzern die Sperre verhängt, weil Herr Welter eine Anzahl Arbeiter wegen Gründung und Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gemahregelt hat.

Die Milchfütterer Kopenhagens, die von der Milchverforgungs-Gesellschaft ausgeperrt waren, weil sie nicht aus der Fachorganisation austreten wollten, haben nun eine Konkurrenz-Gesellschaft unter der Firma „Milcherei Einigkeit“ gegründet.

Der Kampf um Erweiterung der Feiertagsruhe wird von den Handlungsgehilfen in den meisten größeren Städten Rußlands energisch geführt.

Die Bewegung unter den Arbeitern im westlichen Rußland, die darauf abzielt, die Beschränkung des Arbeitstages im Handwerk auf zwölf Stunden (inkl. anderthalb Stunden Frühstück- und Mittagspause), was durch ein altes russisches Gesetz ausgesprochen ist, durchzuführen, hat selbst die Arbeiter der kleinsten Städte erfasst.

Soziales.

Ueber die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Liegnitz hat der dortige Kreiswundarzt Dr. Solbrig Untersuchungen angestellt, deren Resultate in „Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege“ veröffentlicht sind.

20 Quadratmeter Flächenraum, eine darunter ist ein Zimmer von nur 10 Quadratmeter Bodenfläche, welches von zwei Erwachsenen und drei Kindern bewohnt wird; die zweite Gruppe enthält die Wohnungen von 20—29 Quadratmeter Flächenraum; die dritte die von 30—39 Quadratmeter und die vierte die von 40—49 Quadratmeter Bodenfläche, wenn noch eine vereinzelte von 70 Quadratmetern Bodenfläche gezählt wird.

In Beziehung auf Höhe und Helligkeit lassen viele Wohnungen sehr viel zu wünschen übrig. Der Durchschnitt der Zimmerhöhe ist allerdings 2,5 Meter, was als Mindesthöhe in dem Gesetzentwurf des Deutschen Vereins für Gesundheitspflege gefordert wird; aber leider wird das Mangelhafte der unter diesem Durchschnitt bleibenden Wohnungen durch die größere Höhe der anderen nicht aufgewogen.

Auch in Beziehung auf Ueberfüllung der Wohnungen zeigen sich starke Mängel. Einen Luftraum von 20 Kubikmetern für den Erwachsenen oder zwei Kinder unter 10 Jahren, wie ihn Karl Bücher in seinem Buche über „die Wohnungsverhältnisse der Stadt Basel“ fordert, erreichen nur 47,4 pCt., also noch nicht die Hälfte aller Wohnungen.

Seine Resultate zusammenfassend findet Dr. Solbrig, daß bei den allerbesten Bedingungen — 10 Kubikmeter Luftraum für jeden Erwachsenen, 2,5 Meter Zimmerhöhe, Fensterfläche 1/10 der Bodenfläche, Trockenheit — 85 pCt. aller Wohnungen sind direkt unzulässig anzusehen sind.

Zur Güterverteilung unter der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. In Apolda wurde auf Antrag unseres Parteigenossen Baudert vom Gemeinderathe eine Erhebung über die Höhe der steuerpflichtigen Einkommen angestellt.

Es beweisen diese Zahlen, schreibt eines unserer thüringischen Blätter, daß die Erwerbsverhältnisse bei uns sehr traurig sind und es ist demnach leicht erklärlich, daß der Erlaß der Gemeindefeuern sich von Jahr zu Jahr erheblich steigert.

Eine ungehörige Geschäftsordnung, die der Firma Dr u. Co. in St. Johann-Saarbrücken, wird in einem dort erscheinenden Blatt bekannt gegeben.

Die übrigen Bestimmungen handeln ebenfalls immer nur von den Pflichten der Angestellten; jeder Verstoß ist mit Strafe oder Entlassung bedroht. Die Angestellten, die sich diesem Muster von Geschäftsordnung unterwerfen müssen, werden hoffentlich einsehen, daß die Lehre von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ der größte Schwindel ist, womit das arbeitende Volk je genasführt wurde.

Das so notwendige Verbot der Verwendung von gelbem Phosphor in der Zündhölchenindustrie steht in der Schweiz bevor. Der Bundesrath Deucher hat vor der Uebergabe des Industrie-Departements an seinen Nachfolger noch den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Fabrikation und den Verkauf von Zündhölchen fertiggestellt, worin das erwähnte Verbot vorgesehen ist.

Die übrigen Bestimmungen handeln ebenfalls immer nur von den Pflichten der Angestellten; jeder Verstoß ist mit Strafe oder Entlassung bedroht. Die Angestellten, die sich diesem Muster von Geschäftsordnung unterwerfen müssen, werden hoffentlich einsehen, daß die Lehre von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ der größte Schwindel ist, womit das arbeitende Volk je genasführt wurde.

Das Lehrlingswesen im Barbiergewerbe wurde durch einen Rechtsstreit grell beleuchtet, der die Kammer VI des Gewerbegerichts beschäftigte. Der Barbierherr Bernick schloß Anfang Oktober des vorigen Jahres mit dem Arbeiter G. einen schriftlichen Vertrag, monach das letztere Sohn vom 1. Oktober 1896 bis zum 1. April 1898 bei ihm das Barbiergewerbe erlernen sollte.

Rechts-Versicherungsamt. Unfall gelegentlich einer Jagd. Der Knecht Pinal hat seinen Dienstherrn mit dessen Fuhrwerk vom Grundstück eines befreundeten Gutsbesizers abzuholen, wo er an einer Jagd theilgenommen hatte.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Weiskensfeld, 5. Januar. (B. H.) In der hiesigen Schuhwaaren-Industrie ist eine Lohnbewegung zum Ausbruch gekommen. Die Spezialarbeiter verlangen einen höheren Lohntarif.

Köln, 5. Januar. (B. H.) Der Köln. Volkstg. zufolge ist infolge des starken Frostes die Telephonlinie von Bochum zum Berner Bezirk in der vorigen Nacht zusammengebrochen.

Köln, 5. Januar. (B. Z. B.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Sofia der Wortlaut eines bisher nicht veröffentlichten Briefes mitgeteilt, welchen Stambulow am 23. Juni a. St., also 10 Tage vor seiner Ermordung, an den Fürsten Ferdinand nach Karlsbad gerichtet und in welchem er den Fürsten gebeten hat, dafür einzutreten, daß ihm der gewünschte Auslandspaß erteilt werde.

Siegen, 5. Januar. Die königliche Betriebsinspektion giebt bekannt: Heute früh 12 Uhr 42 Min. fuhr der von Hagen kommende Personenzug im Bahnhof Siegen auf einige in seinem Fahrplan aufgestellte Güterwagen. Personen sind nicht verletzt.

Frankfurt a. M., 5. Januar. (B. H.) Aus Mannheim wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet, daß dieselbe eine Veranlassung von 200 Arbeitlosen in einer Resolution die Stadtverwaltung auf-forderte, Nothstandsarbeiten ausführen zu lassen.

Frankfurt a. M., 5. Januar. (B. H.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Stuttgart: Western hat hier eine zahlreich beachtete Volksversammlung stattgefunden, in welcher der sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete Dieb über den Hamburger Streit sprach, die dortigen Verhältnisse schilderte und das Verhalten der Arbeitgeber in scharfer Weise kritisierte.

München, 5. Januar. (B. Z. B.) Die „Allgemeine Zeitung“ meldet: Ein im Wortlaut dem kaiserlichen gleichem Erlaß des Prinzregenten vom 1. Januar 1897 setzt die neuen Bestimmungen über die militärischen Ehrenräthe auch für die bayerische Armee vom gleichen Zeitpunkt an in Kraft.

Brag, 5. Januar. (B. Z. B.) Heute Nachmittag fanden hier wegen des Verbotes einer von sozialistischer Seite einberufenen Versammlung Arbeitsloser Strafenansprechungen statt. Vor dem Rathhause kam es zu einem Zusammenstoß der Ruheführer mit der Sicherheitswache, bei welchem ein junger Mensch durch einen Säbelhieb leicht verwundet wurde.

Budapest, 5. Januar. (B. H.) Heute Vormittag explodirte in der Maschinenfabrik von Ganz u. Comp. ein neuer Kessel, der probeweise geheizt worden war. Ein Arbeiter wurde getödtet, fünf erlitten schwere Verletzungen.

Tonlon, 5. Januar. (B. Z. B.) In La Seyne ist zwischen französischen Arbeitern und Matrosen des griechischen Panzerschiffes „Pala“ eine Schlägerei ausgebrochen, bei welcher mehrere Mann verwundet wurden.

Palermo, 5. Januar. (B. H.) Ein im hier zirkulirenden Gerücht zufolge soll der im Irrenhause zu Aversa internirte Millionenbesraubant und Exkassirer von Palermo, Martinez, vergiftet worden sein, und zwar aus dem Grunde, weil man die von ihm in Aussicht gestellten Entschädigungen fürchte.

Madrid, 5. Januar. (B. Z. B.) Nach hier vorliegenden Depeschen aus La Coruña haben Fischer in einer Untiefe bei dem Cap Corrubedo unter Wasser den Kiel eines Schiffes mit zertrümmerten Bug entdeckt. Man vermutet, daß es der Schiffsdrepper des „Salier“ sei.

**Unternehmer-Verbände.**

Auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt ging das Jahr 1896 unter recht befriedigenden Verhältnissen zu Ende. So schrieb mit schmerzlichen Bedauern die „Köln. Ztg.“, dann fortsetzend: „Das Eisengewerbe hat sich im Laufe des Jahres in allen Zweigen stetig weiter entwickelt und gebessert, ohne daß der Aufschwung jedoch jene stürmische Bewegung annahm, die häufig denselben kennzeichnet und auch zu einem schnellen Ende und baldigen Rückschlag zu führen pflegt. Die ganze Entwicklung trug ein gesundes Gepräge und daher hat man allgemein das Vertrauen in die Lage des Eisenmarktes gehabt, daß die Besserung von längerer Dauer sein werde; es ist bisher nicht getäuscht worden und geht wohl bei den meisten Gewerbetreibenden der Eisenindustrie in das neue Jahr mit hinüber. Das besondere Merkmal des Aufschwungs war, daß derselbe vom eigenen Vaterlande ausging, in welchem sich nach langen Jahren der allgemeinen Zurückhaltung und des Darniederliegens endlich ein ganz gewaltiger Bedarf, wie man ihn in den besten Jahren früherer Zeiten kaum je gekannt hat, geltend machte. In diesen wirklichen und ungewöhnlichen Bedürfnissen und dem äußerst starken Verbrauch, welchem die Werke zeitweilig kaum genügen konnten, lag auch der gesunde Kern der Besserung. Die Preise bewegten sich stetig nach oben, da es aber für fertige Erzeugnisse sich in möglichen Grenzen gehalten und keine dem gewaltigen Bedarf entsprechende Höhe erreicht — dank der Mäßigung und der Zurückhaltung der Verbände und im Gegensaße zu der wilden Bewegung 1889/90, wo die Preise sprunghaft weit höher getrieben wurden.“

Handelt es sich hierbei auch vorwiegend um die Produktion von Rohmaterial, so ist doch klar, daß auch die Industriellen, die sich mit der Verarbeitung des Eisens zu Bedarfsartikeln befassen, ein gutes Geschäft gemacht haben müssen. Wenn also der berüchtigte Verband der Metallindustriellen in seinen Zirkularen darüber jammert, daß sich die Arbeiter im vergangenen Jahre durch die gewerkschaftliche Ausübung der Konjunktur etwas bessere Löhne und etwas kürzere Arbeitszeit erzwungen haben, so ist das ein charakteristisches Zeichen dafür, wie unerfüllbar das Unternehmertum vom Schlage der Rühmänner ist. Und diese Leute finden in Regierungskreisen auch noch allseitigen Beifall!

Das Allgemeine Roheisen-Syndikat, das schon vor Monaten als abgeschlossen hingestellt wurde, ist, wie die „Köln. Volksztg.“ berichtet, am 21. Dezember 1896 nach langen Verhandlungen zwischen den Vertretern der rheinisch-westfälischen Hochofenwerke und denjenigen der Siegerländer Gruppe durch einen in Köln abgeschlossenen Vertrag gesichert worden. Die Hauptverkaufsstelle wird in Düsseldorf bleiben, indessen aber auch die Verkaufsstelle in Siegen fortbestehen. Letztere wird namentlich den Verkauf für den eigenen Bezirk vornehmen und dazu den frei gebliebenen Verkauf nach dem Ausland für die Werke der eigenen Gruppe zu besorgen haben. Der gemeinsame Verkauf von Spiegeleisen ist bis jetzt nicht geregelt. Derselbe kommt neben dem Siegerlande nur die Firma Friedr. Krupp in Betracht, für welche bisher die Firma Carl Spaeter in Koblenz den Verkauf besorgte. Durch diesen Umstand sind einige Schwierigkeiten entstanden, die noch der Lösung harren.

Das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat hat, wie am Jahresabschluss übereinstimmend gemeldet wurde, den Kohlenpreis abermals erhöht. Es handelt sich um Beträge von 25—50 Pf. pro Tonne. Die „Köln. Volkszeitung“ meint, die Folge dieser Preiserhöhungen auf dem Kohlenmarkt dürfte ein weiteres Anziehen der Verkaufspreise für die Erzeugnisse des Eisens und Stahl-Gewerbes sein. Außerdem aber wird auch die Ausbeute der Kohlenzechen, welche bereits in diesem Jahre durchweg sehr hoch war, im Jahre 1897 noch um ein beträchtliches höher sein, zumal die Erzeugungskosten weder durch bessere Löhne, noch durch sonstige Lasten bisher erhöht worden sind. Die Erhöhung der Verkaufspreise, durch welche die Verbraucher empfindlich getroffen werden, wird demnach lediglich den Zechen zu gute kommen, sofern diese nicht endlich dazu übergehen sollten — was nach den bisherigen Erfahrungen leider sehr zweifelhaft erscheint —, auch eine der größeren Ausbeute entsprechende allgemeine Lohnerhöhung vorzunehmen.

So das katholische Watt. Es kennt seine Pappenheimer, die Herren Zecheninhaber, die in der bürgerlichen Welt hoch in Ehren stehen, während die Vorkämpfer der Bergarbeiter, Schröder und Genossen, als Opfer des Essener Geschworenenurteils im Zuchthaus schmachten.

Dem rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat gehören jetzt circa 100 Zechen an mit einer Produktions-(Beihilfungs-)Ziffer, die im Jahre 1895 über 33 Mill. Tonnen, im Jahre 1896 über 41,6 Mill. betrug und für 1897 auf 44 144 765 Tonnen festgesetzt ist. Die größten Zechen sind: Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft einschließlich MontCenis mit einer diesjährigen Produktion von 4 469 694 Tonnen, Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft mit Monopol (einschließlich Präsident) mit 3 484 213 Tonnen, Hibernia mit 2 189 195 Tonnen, Zollverein mit 1 515 507 Tonnen, Arenbergische Aktiengesellschaft mit 1 233 918 Tonnen und Consolidation mit 1 160 578 Tonnen.

Die Vorarbeiten des Rheinischen Rheder- und Kohlenhändler-Kontors sind beendet, aber mit dem Beitritt haper's noch. Wie schon im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, verzögern gerade zwei der bedeutendsten Firmen, Naab, Karcher u. Ko. und Gebr. Kannengießer, den Beitritt. Die meisten Schwierigkeiten macht aber das Kohlsyndikat. Es stellt Bedingungen, auf welche die Händler nicht eingehen wollen. Das Syndikat verlangt seine Mitwirkung bei der Festsetzung der Kohlenpreise und der Frachten, sowie das Recht der Bücherkontrolle, und verlangt weiter, daß die der Rhederfirma Franz Daniel u. Ko. gehörigen, dem Kohlsyndikat nicht beigetretenen Kohlenzechen sich ihm anschließen. Dagegen sträubt sich das Rheder- und Händlerkartell, dem natürlich daran liegen muß, von dem Kohlsyndikat nicht ganz und gar abhängig zu werden.

Die Hauptversammlung des Vereins der Holzindustriellen Rheinlands und Westfalens beschloß einstimmig, von jetzt ab bis auf weiteres angeblich wegen der „bedeutend gestiegenen“ Rundholzpreise für den Kubikmeter baufertiges Holz 46 M. ab Duisburg, Düsseldorf, Mülheim (Rhein), Köln, Reuß und Wesel zu fordern, mit entsprechender Erhöhung für vollkantiges und scharfkantiges Bauholz. Die Preise gelten für Händler und Unternehmer.

Wie der „Rheinische Kurier“ aus Biedrich meldet, ist die Superphosphat-Konvention für Süd- und Westdeutschland, an deren Zustandekommen die chemischen Werke vorm. D. u. C. Albert in Biedrich hauptsächlich mitgewirkt haben, perfekt. Sie gilt vom 1. Januar d. J. an und ist auf mehrere Jahre fest abgeschlossen.

Das österreichische Eisenkartell ist in seiner alten, einheitlichen Form aufgelöst. An seine Stelle ist ein Kartell getreten, das in vier Verbände zerfällt, die sich auf folgende Produkte verteilen: reines Kommerzeisen, Träger, Bleche und Kleinmaterial. Das neue Kartell ist auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Die neuen Kartelle sind kaum unter Dach und Fach, so wird schon eine Erhöhung des Eisenpreises angekündigt. Nach einer Wiener Meldung soll bereits im Monat Januar mit der Erhöhung des Grundpreises um 25 Kreuzer pro Doppelzentner für Stabeisen seitens der österreichischen Werke vorgegangen werden. Hinsichtlich Ungarns scheint dies erst für die nächsten Monate beabsichtigt. Die Preissteigerung in Oesterreich wird auf das Nachlassen des reichsdeutschen Wettbewerbes zurückgeführt. Die reichsdeutschen Werke waren in der letzten Zeit so reich beschäftigt, daß sie weniger Veranlassung als früher zu kräftigem Angebot in Oesterreich-Ungarn hatten. Dazu

kommt noch die reichliche Beschäftigung, die die österreichischen Werke durch Lieferungen für das Baugewerbe und für die Wiener Verkehrs- und Gasanlagen haben.

Der Landesverband der Czechischen Landwirthe beschloß, wegen der schlechten Preise, die die Zuckerfabriken für die Rüben zahlen, eine Versammlung von Delegirten aller rübenbauenden Gemeinden nach Prag einzuberufen, um ein Kartell der böhmischen Rübenbauer zu Stande zu bringen.

Der Verein der dänischen Zuckerrübenbauer hat den dänischen Zuckerfabriken den bisherigen Tarif aufgesagt und verlangt günstigere Bedingungen. Da die Fabriken behaupten, diese nicht bewilligen zu können, wird der Zuckerrübenbau von den Mitgliedern des Vereins eingestellt werden, falls die Fabriken sich nicht noch zum Nachgeben entschließen.

Eine der blühendsten Industrien Schottlands ist die Zwirnindustrie. Ihr Zentrum ist Paisley, ein Ort in der Nähe von Glasgow, wo sie zu Beginn des Jahrhunderts von der Firma Coats eingeführt wurde. Diese Industrie — so berichtet der französische Konsul in Glasgow — giebt ein Beispiel von der Tendenz der Vereinigung einer Reihe von Einzelbetrieben in ein einziges Unternehmen behufs Unterdrückung der gegenseitigen Konkurrenz und Stärkung ihrer Stellung nach außen. Seit einigen Jahren bereits hat sich infolge vorhergehender Vereinigungen die schottische Nähzwirnindustrie in den Händen zweier Gesellschaften in Paisley, den Firmen J. u. P. Coats limited und Clark u. Co. konzentriert. An der Spitze ihrer Konkurrenten in Yorkshire und Lancashire standen die beiden Gesellschaften J. Broof u. Prof. von Huddersfield und J. Chadwick u. Brother von Bolton. Diese vier bedeutenden Firmen haben sich nunmehr vor einigen Monaten zu einer einzigen Gesellschaft vereinigt. Die Vereinigung ging in der Form eines Kaufes der Unternehmen von Clark, Broof, Chadwick durch die Gesellschaft Coats vor sich. In der Versammlung der Aktionäre am 31. Oktober sah sich der Präsident veranlaßt, dem Vorwurfe einer Monopolisierung der Nähzwirn-Industrie entgegenzutreten, indem er darauf verwies, daß sich in England noch 20 andere Zwirnfabriken und auf dem Kontinent an 40 Zwirnfabriken befinden; manche derselben beschäftigen über 1000 Arbeiter, so daß angeht dieser Konkurrenz von einer Monopolbildung keine Rede sein könne. Er erklärte im Namen der Gesellschaft, daß die vereinigten Unternehmen nicht beabsichtigen, den Zwirnpreis zu erhöhen.

Das erklären die Unternehmer-Verbände bekanntlich immer bei ihrer Gründung, obwohl sie wissen müßten, daß kein Mensch daran glaubt.

Die „Wessermersahl-Association“, bekannt als der amerikanische Stahltrakt, ist in die Brüche gegangen. Ein Cleveland-Fabrikant, welcher von Mitgliedern des Trakts Stahlbarren zu beziehen pflegte, empfang von drei gewissen Mitgliedern dieses Trakts Briefe, worin diese erklärten, sie hätten sich auf eigene Füsse gestellt, und es gewähre ihnen Vergnügen, ihm ihre Preisfaktoren zu unterbreiten.

Die Fabrikanten von Holzverarbeitungs-Maschinen in den Vereinigten Staaten haben am 6. Dezember in Cincinnati einen Trakt abgeschlossen. Das festgesetzte Kapital soll ungefähr zwanzig Millionen Dollars betragen. Die näheren Bedingungen des Traktvertrages sind nicht bekannt. Wie es heißt, haben alle bedeutenden Fabrikanten der Branche sich bereits dem Trakt angeschlossen.

**Kommunales.**

Das „National-Denkmal“. Kaiser Wilhelm II. hat an den Magistrat ein Dankschreiben gerichtet, in welchem er den Wunsch ausdrückt, daß das neue Denkmal „des Kaisers Wilhelm des Großen Majestät“ die Berliner Bürgerschaft stets gemahnen möge, sich würdig der großen Segnungen zu erweisen, welche Gott der Herr durch den Bewerigen unserem Vaterlande hat angedeihen lassen.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche einen immerhin in Betracht kommenden Theil der Berliner Einwohnerschaft vertreten, werden nicht verfehlen, ihren Standpunkt zur bevorstehenden Denkmalsenthüllung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit klar und bündig darzulegen.

Der Verein Berliner Grundeigentümer „Südost“ hat sich mit der Bitte an den Magistrat gewendet, im nächsten Staatjahr: 1. die Reichenbergerstraße zwischen Siegnitzer- und Grünauerstraße, und 2. das Kottbuser Ufer zwischen Seinauerstraße und dem Grundstücke Nr. 1 am Görlitzer Ufer zu regulieren und zu pflastern, in letzterer Straße die Vorgärten einzuziehen, dagegen daselbst eine Promenade herzustellen.

**Tokales.**

Nach Dir mal das ab. Der Verein Berliner Bericht-erfasser und das Polizeipräsidium haben in der letzten Zeit eine recht höfliche Korrespondenz mit einander ausgetauscht. Den Anlaß zu diesem brieflichen Verkehr gab der Prozeß Eckert-Löhner-Lauf, der nicht allein die Staatsanwaltschaft am Alexanderplatz, sondern gleichermäßen einen Theil der Berliner Journalistik gar böse auch bei den wenigen Leuten kompromittiert hat, die bisher beide gläubig als „dieß Kind, kein Engel ist so rein“ angesehen haben. Während die politische Polizei nun ihr Gesicht mit stoischer Ruhe trägt, fühlen manche Bericht-erfasser aus guten Gründen das Bedürfnis, unter sich eine Generalkleinigkeit zu veranstalten.

Aus diesen Gründen wohl ersuchte der Vorstand des Vereins Berliner Bericht-erfasser das königl. Polizeipräsidium zu Berlin, allen Schriftstellern und Journalisten, deren Namen auf Quittungen und Meldungen, die sie von der Berliner politischen Polizei empfangen hätten, verzeichnet wären, von dem Inhalt dieser Quittungen in angemessener Weise Kenntnis zu geben, um die durch die Verhandlungen des Prozeßes Eckert-Löhner zur Erscheinung getretene Befürchtung zu beseitigen, daß gleich dem Namen des Herrn Kulusch auch die Namen anderer Schriftsteller und Journalisten bewußt oder zufällig (als Scheinnamen) gemisbraucht seien. Der Verein sei bereit, alle die auf derartigen Quittungen befindlichen Namen, deren berechnigte Träger dem königl. Polizeipräsidium nicht sicher bekannt seien, also vor allem alle Scheinnamen, diskret auf die angelegene Befürchtung hin zu prüfen. — Daraus hatte das Polizeipräsidium geantwortet, daß derartige Quittungen beim Polizeipräsidium nicht vorhanden seien. — Auf ein nochmaliges Gesuch erhielt der Vorstand des Vereins Berliner Bericht-erfasser dann unter dem 2. Januar folgende Antwort: „Auf die erneute Anfrage vom 21. Dezember 1896 wird dem Verein folgendes erwidert: Am 12. Dezember 1896 hat der Verein ersucht, allen Schriftstellern und Journalisten, deren Namen auf Quittungen über von der politischen Polizei empfangene Gelder enthalten sind, den Inhalt dieser Quittungen mitzutheilen, um die Befürchtung zu beseitigen, daß gleich dem Namen des Herrn Kulusch auch die Namen anderer Schriftsteller und Journalisten bewußt oder zufällig gemisbraucht seien. Daraus ist dem Verein am 16. Dezember 1896 mitgeteilt worden, daß Quittungen der bezeichneten Art, nämlich solche, die bewußt oder zufällig auf den Namen anderer Schriftsteller und Journalisten als der Empfänger ausgestellt sind, beim Polizeipräsidium nicht vorhanden sind. Diefem Bescheide hat das Polizeipräsidium nichts hinzuzusetzen und muß insbesondere ablehnen, die tatsächlichen Feststellungen mitzutheilen, auf denen dieser Bescheid beruht. gez. von Windheim.“

Die einsichtigen Leute im Verein der Bericht-erfasser werden wohl kaum im Zweifel darüber gewesen sein, daß die Polizei auf das naive Beklagen des Vorstandes eine solche Antwort erteilen würde. Auch wenn die Behörde, die sich nur mit Mühe und Noth bequeme, ihren Eingold-Stark preiszugeben, dem Verein Ratten genannt hätte, würde sich im Wesen der Dinge kaum etwas geändert haben. Denn die Exizienz gar vieler Bericht-erfasser hängt insoweit von der Polizei ab, als sie sich auf Nachrichten und Auskünfte aus deren Bereiche angewiesen fühlen, und wer hätte gehört, daß die Polizei gern um Gotteswillen giebt? Es ist gewiß fatal, daß die anständigen Bericht-erfasser im Verein für die weniger anständigen, die sich wohl außerhalb desselben befinden, büßen müssen und nicht im Stande sind, sich die Fäden des Mißtrauens „abzumachen“, ja daß sie sich nicht einmal vor infamem Mißbrauch ihres Namens schützen können. Aber Hilfe wird da wohl heute nirgend nicht zu finden sein.

Die städtischen Wasserwerke haben im Verwaltungsjahr 1895/96 49 041 934 Kubikmeter Wasser in die Stadt gefördert. Den höchsten Monatsverbrauch hatten Juli und August 1895 mit 4 861 059 bzw. 4 808 233, den niedrigsten Januar und Februar 1896 mit 3 474 753 bzw. 3 800 226 Kubikmeter. Der Tagesverbrauch stellte sich im Durchschnitt des ganzen Jahres auf 134 720 Kubikmeter oder pro Kopf der Bevölkerung 79 Liter. Der höchste Tagesverbrauch fiel auf den 24. August 1895, 187 475 Kubikmeter oder pro Kopf 110 Liter, der geringste auf den 26. Dezember 1895, 89 077 Kubikmeter oder pro Kopf 52 Liter. 36 900 671 Kubikmeter, rund 75 pCt. des Gesamtverbrauchs, wurden gegen Zahlung an die Einwohner geliefert; das übrige wurde meist für öffentliche Zwecke (Straßenreinigung, Kanalisation u. s. w.) verbraucht. Das Rohrnetz bestand Ende März 1895 aus 829 1/4 Kilometer Röhren.

Die Beschäftigung der Insassen des städtischen Arbeitshaus war 1895/96 ziemlich dieselbe wie seit einer Reihe von Jahren. Die Arbeitskräfte der Hauslinge, sagt der letzte Verwaltungsbericht, sollen grundsätzlich nur im Interesse der Stadtgemeinde verwendet, und es soll den freien Lohnarbeitern keine Konkurrenz gemacht werden.“ Diefem Grundsätze im ganzen entsprechend waren von dem Jahresdurchschnitt von 1638 männlichen und 138 weiblichen Korrigenden 1. für eigene Rechnung der Stadtgemeinde 1672 Männer und 132 Weiber, 2. für andere (nicht städtische) Behörden und Privatpersonen 61 Männer und 1 Weib beschäftigt. Von der Gruppe 1 waren allein 1159 Männer für die Verwaltung der Rieselgüter, ferner 302 Männer und 118 Weiber für die Arbeitshaus-Verwaltung, die übrigen für andere städtische Verwaltungen beschäftigt. Die auf den Rieselgütern beschäftigten bildeten 71 pCt. aller männlichen Korrigenden. Sie waren, zu ständigen Arbeitskommandos formirt, auf den Gütern in Hänglingsbaracken untergebracht. Diefse Beschäftigung begann 1892 — zunächst mit nur 18 pCt. der männlichen Korrigenden — als man bei der außerordentlichen Zunahme der Zahl der Korrigenden nicht mehr wußte, wie man alle in der Hauptanstalt in Kummelsburg beschäftigen sollte. Heute werden alle irgend verfügbaren Arbeitskräfte auf die Rieselgüter geschickt.

Unternehmerrache. Der Mechaniker E. hatte sich im letzten Frühjahr pflichtbewußt dem Streik angeschlossen, den die Kavierarbeiter zur Verbesserung ihrer Lage ins Werk gesetzt hatten und war, nachdem der Zustand ein unglückliches Ende genommen hatte, von den Unternehmern auf die schwarze Liste gesetzt worden. Nach Aufhebung des Streiks war E. noch eine Zeitlang arbeitslos, doch glückte es ihm, in einer Fabrik unterzukommen, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatte. Hier passierte jedoch das Unglück, daß das Unternehmen an die entschiedenen arbeiterfeindliche Firma Langer u. Ko. verkauft wurde. Diefse Firma entließ sämtliche Arbeiter, die bisher in der Fabrik unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen gearbeitet hatten und stellte von ihrem willigen Personal Leute ein, die sich die gemeinschaftliche Verelängerung der Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden, welche sofort in der Fabrik eingeführt wurde, ohne weiteres gefallen ließen. E. war also wieder arbeitslos. Nach längerer Pause wurde er von dem Meister der Firma Ködler in der Greifswalderstraße eingestellt. Doch seine Freude ob der neuen Beschäftigung war nur von kurzer Dauer. Schon am nächsten Morgen deutete der Meister dem Arbeiter an, daß er ja einer von denen sei, welche die Fabrikanten zum Hungertode verurteilt hätten; es habe sich herausgestellt, daß er drei Sterne auf der schwarzen Liste habe, und solche Leute wolle und dürfe die Firma nicht beschäftigen. Der Arbeiter war also wieder auf die Straße gesetzt, und da auch sein Gesuch an die Freie Vereinigung der Berliner Pianoforte-Fabrikanten, das Lotekurheil gegen ihn und seine Familie aufzuheben, keinen Erfolg hatte, so ist der Unternehmerrache auch für die Zukunft weder Maß noch Ziel gesetzt. Möchte die Arbeiterkassette aus solchen Fällen fortan energischer als bisher die Lehre ziehen, daß im Punkte der gewerkschaftlichen Organisation noch bei weitem nicht genug geschehen ist, und daß es noch langer, unermüdlicher Ausdauer bedarf, um gegen das gemeinschaftliche Bösen des Unternehmertums getoppnet zu sein. Wo zu wählen ist zwischen entwürdigender Sklaverei und dem Kampfe um wirtschaftliche Gleichberechtigung, da sollte für keinen Arbeiter von Selbstbewußtsein und Bestimmung ob der Wahl Zweifel bestehen.

Ueber die Streiffrage, ob die Berliner Schornsteinfeger ohne besondere Genehmigung verpflichtet sind, die Reinigung der Kochmaschinen in den Häusern zu besorgen, deren Schornsteinreinigung sie kontraktlich übernommen haben, erteilte Obermeister Faßler in der Versammlung des Grundbesitzer-Vereins „Schuhhauser-Allee“ folgende Auskunft: In der Mehrzahl der Fälle, nämlich überall da, wo es sich um die kleinen Kochmaschinen einfacher Konstruktion handelt, wie sie in den Berliner Mietswohnungen gewöhnlich vorhanden zu sein pflegen, muß der Schornsteinfeger den beim Reinigen des Schornsteins im Abzugsrohr der Kochmaschine angefallenen Ruß aus dem Abzugsrohr entfernen; die Maschine in ihren übrigen Theilen zu reinigen, ist er nicht verpflichtet. Diefse scheint die private Meinung des Meisters zu sein.

Gewerbe-Ausstellung 1896. Wie erinnerlich sein wird, tauchten falsche Eintrittskarten zur Gewerbe-Ausstellung Mitte Mai und Anfang Juni v. J. auf, und schließlich wurde ein Anschluß von einem Kontrolleur der Gewerbe-Ausstellung angehalten, der sich mit einer unglückigen Karte Eintritt in die Ausstellung verschaffen wollte. Von einem gerichtlichen Verfahren gegen den betrügerischen Buchsen hat man nichts vernommen, um so interessanter ist eine Mittheilung in dieser Sache, die uns von verlässlicher Seite zugeht. Der geschäftsführende Ausschuss der Ausstellung hatte an einen Igl. Hofbuchdrucker, Garantiefondszeichner und Justizgenossen, den Druck der Eintrittskarten, 7 Millionen Stück, zu überreichlichen Preisen vergeben. Der Schlussparagraf des sehr eingehend gehaltenen Vertrages über den Druckauftrag enthielt die Bestimmung, daß von dem Igl. Hofbuchdrucker eine Konventionalsstrafe von 20 000 M. zu zahlen sei, wenn irgend welche in der betreffenden Druckerei angefertigten Ausstellungskarten, oder Feh- oder Verdrucke in den Verkehr kämen. Ausdrücklich war bestimmt, daß die Konventionalsstrafe für die königliche Hofbuchdruckerei zu zahlen sei, wenn auch nur ein Exemplar angehalten werde, und der Ausstellung ein Schaden davon nicht erwachsen wäre. Nun war in der betreffenden königl. Hofbuchdruckerei die Vernichtung der Feh- und Verdrucke geordnet, als den billigen Arbeitskräften übertragen worden, von denen einer eine ganze Partie bei Seite brachte. Der Vorschlag wurde nun mit diesen Fehdrucken, die nur ganz geringe Unfallsarbeiten aufwiesen, selbst verschiedene Male die Ausstellung und eröffnete auch mit den Karten einen schwingvollen Handel zu „ermäßigten Preisen“, bis ein aufmerksamer Beamter der Ausstellung dem Treiben ein Ende machte. Nun ereignete sich etwas, was den betrübten Garantiefonds-Zeichnern

gang besonders bemerkenswerth sein wird: der geschäftsführende Ausschuss forderte zwar den König-Hofbuchdrucker auf, die Konventionalkasse zu entrichten — aber, wohl auf friedlichen Zureden, wurde alsbald der Betrag von 20000 M. in Gnaden erlassen. Die vollständige Unterdrückung dieser Angelegenheit berührt um so wunderbarer, wenn man sich erinnert, was für ein Geldse und welche herben Strafen die Aneignung eines sonst werthlosen Stück Papiers mit einem „Glasse“ bedruckt nach sich zog, dessen frühzeitige Veröffentlichung niemanden auch nur um einen Pfennig geschädigt hat.

Nach amtlicher Zusammenstellung war der Preis des Roggenbrotes für 1 Kilogramm in Pfennigen (im Durchschnitt von 34 Bäckern) am 16. November v. J. 21,40 Pf., der niedrigste Preis 18,98 Pf., der höchste Preis 24,75 Pf.; am 1. Dezember v. J. 21,22 Pf., der niedrigste Preis 18,05 Pf., der höchste Preis 24,15 Pf.; der Preis für Weizenbrot (Schrippen) war für 1 Kilogramm in Pfennigen (im Durchschnitt von 34 Bäckern) am 16. November v. J. 35,77 Pf., der niedrigste Preis 30,80 Pf., der höchste Preis 42,64 Pf.; am 1. Dezember v. J. 36,35 Pf., der niedrigste Preis 28,60 Pf., der höchste Preis 41,67 Pf.

**Stadtkassenstatistik.** Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Dezember 1896 18 Familien mit 31 Personen, darunter 6 Säuglinge und 55 Einzelpersonen. Am 1. Januar war der Bestand 34 Familien mit 100 Personen, darunter 21 Säuglinge, und 55 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose dafelbst benutzten im Laufe des Monats Dezember v. J. 34955 Personen, und zwar 33922 Männer, 1043 Frauen. Von diesen Personen wurden 17 dem Krankenhause am Friedrichshain, 44 dem Krankenhause Moabit, 21 der Charité überwiesen, 371 (353 Männer, 18 Frauen) der Polizei vorgeführt. Außerdem wurden vom nächtlichen Obdach 27 Personen der Krankenstation im Obdach und 2 Personen der Anstalt Wuhlgarten überwiesen. Gebadet haben während des Monats Dezember im Obdach 19592 Personen.

Ein neuer Prozeß gegen den Arbeits-Ausschuss der Berliner Gewerbe-Industrie-Ausstellung steht, wie wir hören, in Aussicht. Die drei Architekten, welche die Pläne zu dem Ausstellungsgebäude entworfen haben — die Herren Griefebach, Schmitz, Hofacker — sehen sich genöthigt, auf Zahlung des ihnen zustehenden Honorars zu klagen. Drei Viertel der Summe, nämlich 70000 von 100000 M., sind an die Architekten bereits gezahlt worden. Die Zahlung des Restes wird aber unter Berufung auf Mängel an den Gebäuden verweigert.

Unter den Unterrichtsreisen der Humboldt-Akademie, die in diesen Tagen beginnen, dürfte am meisten unsere Leser interessieren die Vortragsreihe der bekannten Nationalökonomin Frau Dr. Sofia Daszputa: Die Arbeiterfrage unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterinnen. Dieselbe wird vom 14. Januar ab jeden Donnerstag von 7—8 Uhr im Hall-Realgymnasium in der Eichowstraße über dieses Thema sprechen und zwar in folgender Reihenfolge: Die industriellen Verhältnisse unserer Wirtschaft. — Historisches. — Das Wesen des Arbeitsvertrags. — Die Arbeiterklasse. — Frauen- und Kinderarbeit. — Haus- und Fabrikarbeit der Frauen in verschiedenen Ländern. — Lohnfragen. — Arbeiterkassen-Gesetzgebung. — Vereinswesen. — Die Arbeiterfamilie. — Moralische und soziale Bedeutung der weiblichen Arbeit.

In der Kranz, Abtheilung Invalidenstraße, wird am Mittwoch, den 6. d., abends 8 Uhr, Herr Dr. Schwahn seinen Vortrag „Probleme der Erbschaft“ zum ersten Male halten.

Im Schiller-Theater wird übermorgen, Freitag, zum ersten Male „Der Schierling“, Lustspiel in 2 Akten von Emilie Augier, deutsch von Sigmund Medring, und Shakespeare's „Die Komödie der Irrungen“ gegeben. Heute findet eine Wiederholung von „Ein Wintermärchen“ statt.

Als erster weiblicher Doktor der Rechte hat sich vor Jahresfrist Frau Emilie Kempin (früher Professor des Rechts in New-York und Privatdozent in Zürich) in Berlin, Unter den Eichen 40, niedergelassen. Die Dame giebt bekannt, daß sie jetzt neben ihrem englisch-amerikanischen Rechtsbureau eine Konsultations-Praxis für Frauen eröffnet hat.

Am 1. Januar ist die bisherige Omnibuslinie Alexanderplatz — Moabit (Wilmersdorf, Ecke Perlebergstraße) bis zum Stephanplatz unter gleichzeitiger Führung der Linie durch die Birken- und Davelbergstraße verlängert worden.

Eine Gedächtnisfeier für Emil du Bois-Reymond findet, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ mittheilt, am 22. d. M., abends 7 Uhr, im großen Saal des physiologischen Instituts, Dorotheenstr. 85, statt.

Zeit dem Schicksal ist eine schwachsinrige Greisin verschwunden. Es ist dies die 69 Jahre alte Frau Karoline Densel geb. Fahr aus der Gerichtstr. 28, wo sie mit ihrem Manne bei einem verheirateten Sohne wohnte.

Sieben Miether eines Hauses in der Bergstraße hatten zu Neujahr ihrem Hauswirth gekündigt; zu ihrer Ueberraschung erhielten sie jedoch ausnahmslos die Einschreibebriefe seitens der Post wieder zurück, da der Wirth bzw. der Empfänger die Annahme verweigerte. Als Grund hierfür giebt es nur die eine Erklärung, die eigentlich eine solche nicht ist: Der Wirth ist nämlich ohne Wissen der Miether Anfang Dezember umgezogen, die Kündigungen wurden jedoch nach dem früheren Domizil gesandt, wo sie natürlich erst nachgehandelt werden mußten. Die Miether, meist kleine Leute, sind ob des Verhaltens ihres Hausbesizers nicht eben erbaut und einige von ihnen wollen klagbar werden.

Durch einen Zufall ist ein Selbstmord erst lange nach der Ausführung entdeckt worden. Auf einem entlegenen Orte der Handwerkerstraße in dem Vorbau zur Markthalle an der Lindenstraße fand man am Montag Abend gegen 9 Uhr an einer Zunderschnur die Leiche eines Mannes hängen, der nach dem Zustande der Leiche schon lange todt sein muß. Aus dem Entlassungsschein eines Krankenhauses ging hervor, daß es sich um einen 44 Jahre alten Arbeiter Gustav Klumpp aus der Ludenstraße 8 handelte. Die Handwerkerstraße hat vom 19. Dezember bis letzten Montag Ferien gehabt. Während dieser Zeit wurden die Räume sämmtlich verschlossen gehalten. Man muß also annehmen, daß Klumpp schon vor dem 19. Dezember sich erhängt hat.

Auf Requisition der hiesigen Staatsanwaltschaft wurde der Kontrollbeamte der Dyprenischen Alters- und Invaliditäts-Versorgungsanstalt, Schultheiß zu Heilsberg im Ermüdungsstand, verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt. Der Verhaftete war früher in Berlin ansässig und soll sich hier verschiedentlich strafrechtlich verurtheilt haben. Die Verhandlung wider Sch. findet bereits heute, Mittwoch, vor dem Landgericht I in Moabit statt.

Einen Mordversuch hat am Montag Abend der am 19. Februar 1865 zu Warsow geborene, in der Adolfsstraße 3 wohnhafte Kesselschmied Karl Friedrich Grunow gegen seine Hauswirthin, die Frau des Hauseigenthümers und Gastwirths A. Dierig in der Adolfsstraße 3, verübt. Frau Dierig ist durch einen Messerstich in die Brust lebensgefährlich verletzt worden, der Thäter entkommen. Grunow, der Frau und vier Kinder im Alter von 14, 8, 7 und 5 Jahren beist, war früher in der Pegold'schen Maschinenfabrik in der Waldstraße beschäftigt, wurde aber dort vor drei Wochen wegen Raufereien und Widersetzlichkeiten gegen seinen Meister, den er einmal verbrennen zu wollen drohte, entlassen. Schon vor einigen Tagen, als Frau Dierig ihn fragte, was denn nun mit der Miethe werden solle, fuhr er sie mit Schimpereien und unflätigen Redensarten an. Trozdem ließ man ihn auf die Fürsprache eines Verwandten von ihm noch länger wohnen. Am Montag Abend um 8 Uhr kam Grunow angetrunken nach Hause und mißhandelte seine Frau. Um 9 Uhr ging er wieder weg. Als zwischen 10<sup>1/2</sup> und 11 Uhr abends Frau Dierig aus ihrer zu ebener Erde gelegenen Wirthschaft auf die Straße hinaustrat, erhielt sie, kaum daß sie draußen war, einen Messerstich in die Brust. Mit den Worten: „Der Mann

hat mich gestochen!“ taumelte sie zurück und brach zusammen. Der Stich war mit einem gewöhnlichen Taschenmesser mit einer Klinge und schwarzer Schale geführt worden und, obwohl durch eine Jacke und das Korsett abgeschwächt, 5 Zentimeter in die Brust eingebracht. Die Wunde der Wirthschaft machten sich sofort an die Verfolgung des Verbrechers; an der Postwalterstraße mußten sie jedoch davon Abstand nehmen, da er plötzlich ihren Augen entwichen war. Bis gestern Nachmittag war von der Festnahme noch nichts bekannt geworden.

Beim Anhalten eines durchgehenden Pferdes kam Dienstag Morgen um 8 Uhr der 27 Jahre alte Stallmann August Pann schwer zu Schaden. Das erregte Thier schlug ihm mit einem Hufe so heftig gegen die linke Kniekehle, daß sie brach. Schwer verletzt wurde er in die Charité gebracht.

Ein größerer Brand brach in der Nacht zum Dienstag auf dem Grundstück der Eisenindustriellen Hoffmann u. Kühnemann, Gartenstr. 160, aus. Die Mannschaften der Feuerwachen Tied- und Linienstraßen waren schnell zur Stelle, so daß den Flammen bald Halt geboten werden konnte. Gleichwohl ist der Nachstuhl zum größten Theil niedergebrannt. Ein Fabrikbrand beschäftigte gestern früh von 8 Uhr an die Feuerwehrt auf dem Grundstück Luise-Ufer 44. Das Feuer, das in der ersten Etage in der Fabrik von Kollof u. Baugh gegen 8 Uhr morgens ausbrach, beschränkte sich auf diese und wurde bald gelöscht. Der Fabrikbetrieb ist nirgends unterbrochen. Der Schaden beläuft sich auf einige hundert Mark.

Unfälle im Straßenverkehr. Als Montag Vormittag der zehnjährige Sohn der in der Möckernstraße 199 wohnenden Aufwärtin Schmidt den unter einem Abbleswagen angebrachten Spiegelkasten, in den er ohne Wissen des Ruffers gestiegen war, während der Fahrt durch die Möckernstraße verlassen wollte, gerieth er unter die Räder und erlitt eine erhebliche Quetschung des Fußes. — Beim Absteigen von einem vor dem Hause Bramenstr. 108 haltenden Pferdeisenbahnwagen wurde nachmittags die 60 Jahre alte Wittwe Alwine Blanke, geb. Ermisch, durch einen gerade vorbeikommenden Omnibus der Linie Bahstraße-Marinestrasse überfahren und am linken Fuße erheblich gequetscht. — Vor dem Grundstück Wienerstraße 39a fand abends ein Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einem Kohlewagen der Firma Gebrüder Schäfer statt, wobei der Führer des letzteren, der Ruffser Friedrich Waser, herabgeschleudert und am rechten Fuße leicht verletzt wurde. — Auf dem Grundstück Weberstr. 50 fiel abends der 44jährige Tischler Julius Weigel von einer nach dem Eingang des 4. Quergebändes führenden unbelichteten Treppe und zog sich dabei eine schwere Verletzung an der Stirn zu.

## Gerichts-Beitung.

Das Reichsgericht, 2. Senat, hat in seiner gestrigen Sitzung die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der Strafkammer IV des Landgerichts I Berlin, welche seinerzeit es ablehnte, in die Verhandlung gegen unseren Redakteur Jacoby wegen Verleumdung des Kriminalkommissar Schöne einzutreten, da kein gültiger Strafantrag vorlag, verworfen.

In derselben Sitzung hat das Reichsgericht das Urtheil der Strafkammer zu Neu-Ruppin, wodurch unser Genosse Kypelt wegen Verächtlichmachung der Regierung zu zehn Tagen Gefängnis verurtheilt war, auf die durch Rechtsanwalt Herzfeld-Berlin vertretene Revision aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht I Berlin verwiesen.

Der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Georg Berger, stand gestern unter der Anklage der Verleumdung durch die Presse vor der II. Strafkammer des Landgerichts I. In der Nummer der genannten Zeitung vom 16. August v. J. erschien „unter dem Strich“ ein „Satirisches Allerlei“ in Versform. Einer dieser Verse trug die Ueberschrift „An den Kottbusser Magistrat“. Es wurde darin mitgetheilt, daß der Magistrat mit Rücksicht auf die dortigen jüdischen Einwohner den Herbstmarkt verlegt habe, weil derselbe auf einen jüdischen Feiertag fiel, während der Viehmarkt trotz der Klage der Katholiken am Frohsleichnamstag abgehalten werde. Die Strophe endete mit einem wenig freundlichen Wunsche für den Magistrat. Oberbürgermeister Werner zu Kottbus stellte wegen des Inhalts dieser Strophe Strafantrag wegen Verleumdung. Der Angeklagte übernahm die Verantwortung für das Gedicht, erklärte aber, daß es ihm erst nach der Ausgabe der Zeitung zu Gesicht gekommen sei. Der Magistrat zu Kottbus habe der „Staatsbürger-Zeitung“ später angezeigt, daß die Verfügung in betreff der Herbstmarkt-Verlegung von der Regierung in Frankfurt a. O. ergangen sei. Diese Verichtigung habe in der „Staatsbürger-Zeitung“ Aufnahme gefunden. Uebrigens müsse er den Schutz des § 193 Str.-G.-B. für sich in Anspruch nehmen, denn Kottbus habe bei einer Bevölkerung von etwa 30000 Einwohnern nur 425 Juden und beinahe 3000 Katholiken, sodaß eine Bevorzugung der Juden nicht gerechtfertigt sei. Der als Zeuge vernommene Oberbürgermeister Werner bezeugte, daß die Verlegung des Herbstmarktes auf Anordnung der Regierung mit Rücksicht auf das jüdische Neujahrsest erfolgt sei. Wenn die Zahl der jüdischen Einwohner auch weit geringer sei, als die der Katholiken, so sei die Vertheilung der estern am Marktverkehr doch ungleich größer als die der Katholiken, welche niemals um eine Verlegung des Viehmarktes eingegeben seien. — Staatsanwalt Dieß beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von drei Wochen.

Der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe in Höhe von 200 M.

An diese Verhandlung schloß sich eine zweite gegen denselben Angeklagten an. Es wurde ihm zum Vorwurfe gemacht, daß er am 21. Oktober v. J. in der „Staatsbürger-Zeitung“ den Beschluß der Strafkammer betreffend die Beschuldigung derjenigen Nummer der „Staatsbürger-Zeitung“, in welcher mitgetheilt war, daß das Verfahren gegen v. Litzow-Beckert eröffnet worden sei, vorzeitig veröffentlicht habe. Der Behauptung des Angeklagten, daß er den Geheims-Paragrafen, gegen den er verstoßen habe, nicht gekannt habe, wurde Glaube geschenkt und deshalb nur auf eine Geldstrafe von 80 M. erkannt.

Ein Verstoß gegen § 7 des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerbs wurde dem Buchdruckereibesitzer und Verlagsbuchhändler Max Pasch zur Last gelegt, der gestern von dem Buchhändler Karl Gludius vor das hiesige Schöffengericht gefordert worden war. Der § 7 des neuen Gesetzes bedroht denjenigen mit Strafe, der wider besseres Wissen über einen Geschäftsmann falsche Nachrichten verbreitet, die geeignet sind, diesen geschäftlich zu schädigen. Der Kläger hatte mit dem Beklagten einen Sozietätsvertrag geschlossen, wonach sie die Verlagsbuchhandlung Carl Gludius u. Co. gemeinschaftlich betrieben. Sie geriethen in Zwistigkeiten und es schwebte eine Reihe von Zivilprozessen, schließlich wurden aber die Zwistigkeiten durch einen Vergleich aus der Welt geschafft. Nach den Abmachungen sollte dem Angeklagten Pasch das Recht zustehen, die vorhandenen Ausgaben einzuziehen, dagegen die Weiterführung der Firma Carl Gludius u. Co. dem Kläger zuzustehen. Außerdem war bei den Vergleichsverhandlungen ausdrücklich der Wortlaut des Zirkulars festgesetzt worden, durch welches das Ausscheiden des Herrn Pasch aus der Firma und der Uebergang der letzteren an Herrn Gludius allein den bisher gemeinschaftlichen Kunden mitgetheilt werden sollte. Der Angeklagte wurde nun beschuldigt, entgegen diesen Abmachungen ein Zirkular an die Kunden versandt zu haben, in welchem wahrheitswidrig mitgetheilt wurde, daß die Firma Gludius u. Co. „ausgelöst“ sei. Es wurde ferner behauptet, daß Pasch gleiche Mittheilungen auch anderen Personen gegenüber gemacht habe und daß, als einmal ein Bote des Adressalenders in dem Geschäftslokale erschienen sei, um die Eintragung der Firma Gludius u. Co. in die Liste zu betreiben, ihm die Liste mit dem Bemerkten zerrissen worden sei: Die Firma

sei aufgelöst worden, sie bestehe nicht mehr. Der Gerichtshof entschied, § 7 bestraft nicht bloß Handlungen im Wettbewerbs, sondern jede bewusste Unwahrheit, die zu dem Zwecke verbreitet wird, einen Dritten geschäftlich zu schädigen. Das sei hier der Fall und deshalb habe der Gerichtshof den Angeklagten zu 500 Mark Geldstrafe event. 50 Tagen Gefängnis verurtheilt und dem Geschädigten das Recht zugesprochen, den Urtheilsteiner durch Ausübung an Gerichtsstelle öffentlich bekannt zu machen.

Ein eigenartiger Prozeß, der besonders alle Kerzte im höchsten Maße interessieren dürfte, schwebt zur Zeit beim Ober-Vergütungsgericht. Es handelt sich um den rechtlichen Charakter und in letzter Linie auch um die Rechtsgültigkeit gewisser Bestimmungen des Medizinalgebührens vom 27. September 1725. Der praktische Arzt Dr. Vasker, ein sogenannter Spezialist für Brustkranke, war unter dem 1. August 1865 von Berliner Polizeipräsidentium angehalten worden; eine Ordnungsstrafe von 800 Mark zu zahlen, weil er in seinem Wartezimmer ein Plakat folgenden Inhalts angehängt hatte: „Bitte zu beachten, daß meine Spezialverordnungen in der vorgeschriebenen Weise nur in der Apotheke zum „Weissen Schwan“, Spandauerstr. 77, zubereitet werden.“ Hiermit sollte er gegen Ziffer III, Absatz VI des genannten Gebührens verstoßen haben, worin es heißt: „Den Kerzten wird verboten, einen Chirurgen vor dem anderen, auch einen Apotheker vor dem anderen vorzuschlagen und zu rekommandiren, sondern es muß den Patienten freier Wille gelassen werden.“ Im Jahre 1798 ist im Anschluß an das gegen Apotheker gerichtete Verbot, den Kerzten Weihnachtsgeschenke zu machen, jene Bestimmung in Erinnerung gebracht worden. Indessen mit dem Zusatz, es solle den Kerzten „nachgelassen sein“, für die Zubereitung von solchen Heilmitteln jemanden vorzuschlagen, deren Anfertigung ganz besondere Kenntnisse erfordert. — Der Klage des Dr. Vasker auf Aufhebung der Strafvorschrift wurde vom Vergütungsgericht stattgegeben. Das Gericht war der Meinung, daß die angeordnete Straffestsetzung eines der polizeilichen Zwangsmittel im Sinne des § 132 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes sei, die nur nach vorausgegangenem Androhung angewendet werden dürften. Da hier die Androhung unterblieben sei, müsse die Straffestsetzung als unzulässig aufgehoben werden. Auf die Berufung des Polizeipräsidenten beschäftigte sich nun der III. Senat des Ober-Vergütungsgerichts am 4. Januar mit der Sache. Das Präsidium war vertreten durch den Regierungsrath Sider und den Medizinalassessor Dr. Springfeld. Weheimrath Sider vertrat im Namen seines Auftraggebers den Standpunkt, daß das Medizinalgebot ein Disziplinar-gesetz sei und als solches sehr wohl einer Verfügung, wie der strittigen, als Grundlage dienen könne. Allerdings wären die Kerzte keine angestellten Beamten, indessen könnten ja z. B. auch pflichtvergeffene Vormünder bestraft werden; ein gewisses Abhängigkeits- oder Aufsichtsverhältnis genüge schon. Werde aber die Richtigkeit dieses Standpunktes angenommen, dann unterliege das Urtheil des Vergütungsgerichts als verfehlt der Aufhebung. Nach dreistündiger Verhandlung beschloß der Senat die Aufhebung eines neuen Termins und ferner, den Kultusminister davon zu benachrichtigen, damit er sich durch einen Kommissar vertreten lassen könne.

Anklage gegen fünf ehemalige Pächter des Treptower Vergütungsparques ist wegen Lotterievergehens erst jetzt erhoben worden. Im September v. J. fanden im Vergütungsparke zwei-mal Volksfeste statt, zu welchen Entrees erhoben wurden. Die Besucher des Vergütungsparques erhielten Eintrittskarten, die mit fortlaufenden Nummern versehen waren. Auf Grund dieser Nummern fand abends eine Prämienverlosung statt, in welcher die Amtsbekörde zu Treptow eine unerlaubte Lotterie erblühte und infolge dessen die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II hiervon verständigte. Der Arbeitsausschuss hat übrigens die Lotterie genehmigt und geleitet. Er hat die Kassier gestellt, das Eintrittsgeld erhoben und die nicht zur Abhebung gekommenen Prämiensumme an sich genommen, so z. B. den Hauptgewinn, eine Schlafzimmereinrichtung, die bis jetzt noch nicht abgehoben worden ist. Die fünf Angeklagten lehnen jede Verantwortung für die Lotterie ab.

Die kapitalistische Anklage des Bibelwortes „Lasset die Kindlein zu mir kommen“ spielte am 4. Januar vor dem Reichsgericht eine Rolle.

Wegen Gewerbevergehen ward der Steinfabrikant Josef Hubald am 2. Oktober 1896 vom Landgericht Koblenz zu einer Strafe verurtheilt worden, deren Höhe die Reichsgerichtskorrespondenz leider nicht angiebt. Es wurde ihm zur Last gelegt, jugendliche Arbeiter über die zulässige Zeit hinaus beschäftigt zu haben; es wurden nämlich 2 Knaben, halbe Kinder, die noch nicht 14 Jahre alt waren, mit Steinlopfen beschäftigt, und noch dazu 11 bis 12 Stunden lang täglich. Das Steinlopfen ist nun nach den Feststellungen des Gerichts eine sehr anstrengende Arbeit, die selbst bei erwachsenen Leuten Anschwellungen des Handgelenks verursacht. Der arme Angeklagte will nun garnichts davon gewußt haben, daß die Kinder in seinem Betriebe beschäftigt waren, es konnte ihm die Kenntniß davon auch nicht nachgewiesen werden; aber hier genügt zum Bewahren der Rechte des lindernden Volkes schon eine Fahrlässigkeit. Der Angeklagte „besitzt“ nur 80 Arbeiter, die allerdings noch einem Verwalter unterstehen; er hätte ja aber bloß diesen zu fragen gebraucht. Wegehend ist, daß zwar auch ein Verzeihen der jugendlichen Arbeiter angeschlagen war, aber nicht in dem Arbeitsraume selbst, sondern in dem Verwaltungsraume (!!). Der Angeklagte legte gegen das Urtheil Revision ein, die jedoch vom Reichsgericht verworfen wurde.

## Veranordnungen.

Gegen die Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896, betreffend die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage, nahm eine am Dienstag in der Tonhalle tagende, von etwa 2000 Personen besuchte Versammlung von Gewerbetreibenden Stellung. Den Vorsitz führte Herr Kommerzienrath Goldberger. Als erster Referent trat der Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Max Schulz auf. Er bezeichnete die fragliche Verordnung als eine solche, welche die Polizei-Verordnungen der Reaktionszeit noch übertrumpfe. Dieselbe beruhe auf einer falschen Auffassung von der Ausübung des religiösen Bekenntnisses, und sei entstanden auf Veranlassung der Synoden, die im vorigen Jahre gelangt haben. Referent wies unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Annahme der Kirche zurück, die mit Hilfe der Staatsgewalt eine Sonntagsbeiligung erzwingen wolle, und dadurch nicht nur einen Beweis ihrer eigenen Ohnmacht liefere, sondern gerade einen großen Theil derjenigen Gewerbetreibenden, welche durch Aufbringung der Kirchensteuer die Kirche materiell unterstützen, in ihrem Erwerb schädige. Nachdem der Redner die Befürchtung, welche das Versammlungsrecht durch die Polizeiverordnung erjährt, gestreift hatte, schloß er mit der Aufforderung an die Interessenten, nicht eher zu ruhen, als bis es ihrer Agitation gelungen sei, die Aufhebung der Verordnung durchzusetzen. Der zweite Referent, Direktor Bogtz, besprach die einzelnen Bestimmungen der Verordnung und forderte gleichfalls deren Aufhebung, weil sie eine reaktionäre, die Bürgerkraft bedrückende sei, in die Rechte der Steuerzahler und sogar in die Rechte der Familie eingreife. Stadtverordneter Laurath Kollmann als dritter Referent, billigt die gesetzliche Beschränkung der gewerblichen Thätigkeit, soweit sie bezweckt, dem Arbeiter die Sonntagsruhe zu theil werden zu lassen, ist aber gegen alle Bestimmungen, die eine puritanische Sonntagsfeier herbeiführen wollen und appellirt zum Schluß an die Versammelten, sich in liberalem Sinne an den Kirchenwahlen zu betheiligen. In der nun folgenden Diskussion sprach Fabrikant Reilpflug die Hoffnung aus, daß, wenn es auf andere Weise nicht möglich wäre, die Interessenten sich mit einer Bitte um Aufhebung der Polizeiverordnung an den Kaiser wenden; dieser würde gewiß der Bitte Gehör schenken. Der Volap

Stoffmann begrüßt es mit Genugthuung, daß bei dieser Gelegenheit, wo es um den Geldbeutel geht, auch das Bürgerthum revolutionirt werde, hält aber den von den Vorrednern eingeschlagenen Weg nicht für geeignet und empfiehlt als wirksameres Mittel gegen mörderische Verbrechen den Austritt aus der Kirche, was von der Versammlung mit großer Unruhe und vom Vorsitzenden mit Entziehung des Wortes, unter erneuter Unruhe der Versammlung, beantwortet wird. Nachdem noch ein Herr Billner im Sinne des Referenten gesprochen, wurde folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen: Die Versammlung von Bürgern Berlins legt einstimmig Verwahrung ein gegen die Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896, betreffend die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage. Sie erklärt, daß diese Verordnung insofern ihre mehrfachen inneren Widersprüche und Unklarheiten zu unzulässigen Verletzungen und unverdienten Bekraftungen der Bürger Anlaß gibt, 2. in schwerer und ungerechtfertigter Weise eingreift in die Rechte des einzelnen und des Hauses, 3. hat Irreführung und wahre Religiosität zu fördern, vielmehr geeignet ist, Heuchelei und Denunziantenthum großzuzüchten, 4. zahlreiche Gewerbetreibende schwer schädigt, und in großem Umfange Unzufriedenheit erzeugt. Die Versammlung richtet deshalb an die Behörden der Stadt und des Staates das ergebene Ersuchen, die sofortige Aufhebung der Verfügung herbeizuführen. Alle Bürger Berlins aber werden aufgefordert, die obige Resolution durch Unterschrift zu unterstützen und soweit thunlich, in ihren Geschäftskreisen auszuliegen, damit allseitig die Möglichkeit zur Unterzeichnung geboten wird.

Die Vergolder hielten am 27. Dezember v. J. bei Ewald eine Versammlung ab, um den Bericht über die gegenwärtige Situation in der Malerbranche entgegen zu nehmen. Danach ist die Situation als eine recht günstige zu bezeichnen, bis auf die Firma Tiefel, wofür die Zugeständnisse theilweise wieder rückgängig gemacht wurden. Es ist dies weniger der Geschäftsleitung selbst, als dem unfolgsamen Verhalten der in den oberen Etagen beschäftigten Arbeiter zuzuschreiben, indem dieselben wegen einer ganz geringen Lohnzulage auf eine bessere Bezahlung der Arbeiterstunden freiwillig verzichteten. Dagegen wurden von den anderen Arbeitern sämtliche Forderungen hochgehalten. Die Firma Tiefel beschäftigt trotz der Sperrung 9 Arbeiter. Die Sperrung bleibt bis auf weiteres bestehen, jedoch werden die regelmäßigen, auf die Sperrung bezüglichen Inzestals zurückgezogen. Nur durch festes Zusammenhalten in der Organisation wird es möglich sein, bei unangünstigen Geschäftslagen den Gelassenen der Unternehmer, die Preise zurückzubringen, entgegen zu treten. Den Hamburger Hafenarbeitern bewilligte die Versammlung eine dritte Rate von 100 M.

Der Verein der Einseher (Tischler) nahm am 3. Januar die Abrechnung vom dritten Quartal entgegen. Danach betragen die Einnahmen mit einem Bestand von 268,88 M. in Summa 497,71 M. denen 410,18 M. als Ausgaben gegenüber standen. Mit den angelegten Geldern beträgt das Vermögen des Vereins 810,58 M. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde eine Kommission von 4 Mitgliedern gewählt, die über den Anschluß an den Holzarbeiterverband die Verhandlungen führen soll.

Arbeiter-Gildungslehre. Mittwoch Abend von 9-10 Uhr: Sächs. Schulz, Waldemarstr. 14; Besichtig. (Mit Besichtig. d. Uebl. Entstehung der Krankheiten, Orientalische Kiste, Griechen und Römer), Herr Dr. C. Pfan. - 10-11 Uhr: Brammstr. 25; Besichtig. (Die deutsche Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, - Besichtig. Herr Heinrich Schulz. Die Schulung des Lehrlings zur Erhaltung der Gesundheit und des reichen Selbstverständnisses (von 8 Uhr abends an geöffnet). Am 11. Januar wird voraussichtlich die geplante öffentliche Besichtig. die mit Zeitung, Zeitschriften und Büchern reich ausgestattet ist, für die allgemeine unentgeltliche Benutzung eröffnet. Der Vorstand.

Arbeiter-Vereine und Umgebungen. Vorsitzender Hr. Neumann, Postamtstr. 8. Alle Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Postamtstr. 45, v. 2 Tr.

Grund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Besichtig. den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gent, S. Kreuzberg, Straße 107/8.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgebung. Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Postamtstr. 79.

Landmannschaft der Schlemmer-Gesellschaft. Heute Abend 8½ Uhr: Zusammenkunft im Vereinslokal, Feuerstein's Hof, Alte Jakobstr. 76. - Am Mittwoch, 11. Januar, ebenfalls: Generalversammlung.

Theater- und Vergnügungsverein „Belgisch“. Sitzung heute Abend 8 Uhr im Vorherrschaften Kasino, Kottb. 114.

Berliner Arbeiter-Verbands-Verein legt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Unterbrecht, 25, abends 8½ Uhr. Unentgeltlicher Rath wird ertheilt.

Im Nord-Osten: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung, abends von 7-9 Uhr: H. Buchholz, Postamtstr. 66, v. 2 Tr. H. Dachs, Zeminierstr. 25, v. 2 Tr. H. Gutheil, Wiesenstr. 29A, von 6-9 Uhr abends. H. Pfeiffer, Gartenstr. 56, v. 2 Tr. H. Simons, Postamtstr. 78, Postal 2, 2 Tr. H. Stuhlmann, Oberbergstr. 27, 2 Tr., von 6-9 Uhr abends. H. Zamm, Postamtstr. 6, von 6-9 Uhr abends. H. Zamm, Wiesenstr. 41-43. H. Zamm, Oberbergstr. 7, von 6-7 Uhr abends. - Nur für Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Blum, Streifenstr. 24, v. 2 Tr. H. Reimann, Weidemannstr. 22. H. Trapp, Schillerstr. 26, von 7-9 Uhr abends.

Im Nord-Osten: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Blum, Streifenstr. 24, v. 2 Tr.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Sader, Frankfurtstr. 24, v. 2 Tr.

**Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 7. Januar, abends 8½ Uhr:  
im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstraße 33:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung: 245/3  
1. Vortrag des Stadtverordneten **Thyssen** über „Verträge im Rothen Haus“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Kassiers über das 4. Quartal 1896. 4. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.  
Die Gesenken werden abends, recht zahlreich in erscheinen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Der Vorstand.

**Achtung! Charlottenburg! Achtung!**  
Donnerstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr,  
im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:  
**Grosse öffentl. Volks-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Der Hamburger **Gasmarketer** Streif. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Wilhelm Liebknecht**. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.  
Ein jeder Arbeiter muß in dieser Versammlung erscheinen.  
202/20  
Der Vertrauensmann.

Gesundbrunnen **Marienbad** Gesundbrunnen  
Badstrasse 35/36 Badstrasse 35/36  
Sonnabend, den 9. Januar 1897:  
**Großer Wiener Masken-Ball**  
arrangirt von den  
sozialdemokr. Parteigenossen **Reinickdorfs.**  
Anfang 8 Uhr. Entree: Damen 25 Pf., Herren 50 Pf.  
222/10 Das Comité.

**Für 12 Mark**  
Stoff zu einem Herren-Anzug. Für 15 M. 2 Kammergarn od. Cheviot. 2 Winter-Paletstoffe. Reste. Tuch-Lager C. Hoher Steinweg No. 4.  
**Heilzahlung** Monat 10 M., wofür, reelle Anzahlung nach Nach nur an sichere Kunden, gegen Baar zu jedem billigen Preis.  
**Temporowski**, Schneidermeister, Berlin O. Lindenstr. 37, 1 Tr.  
Herrn möbl. Schloß Oberbergstr. 13, 2 Tr., Schloß. 314/3  
Schön. Gefloren, N. Freiwaldenstr., wo seit viel Jahren Restauration und Schanzerei, in voll. Ranzelion m. Erfolg betrieben wurde, per 1. April 1897 zu vermieten, event. das Haus unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. **Kotendorfs**, Bernburgerstr. 15/16, I.  
**Kleine freundliche Wohnungen** in 2 Etagen sofort u. pr. 1. April 1897 bei **Häbner**, Gesellschaftsband, Ewidemünderstr. 42, alte Nummer 25.  
Herrn Schloß an 2 J. von 107 zu verm. Ewidemünderstr. 46, v. 2 Tr. 314/23  
Herrn Schloß, Wanteuffelstr. 72  
4 Tr., Meybauer. 315/09

Im Süd-Osten: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Galt, Postamtstr. 12.  
Im Süden: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Stäger, maler, Wilmersdorferstr. 29. - Nur für Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Keller, Gendarmenstr. 6.  
Im Süd-Westen: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Käsel, Solmsstr. 44.  
Im Nord-Westen: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Krause, Wilmersdorferstr. 19. H. Stephan, Postamtstr. 22.  
Im Zentrum: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: H. Zöfller, Kottb. 91.  
Die sämtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, in dieselbe Sprechzeit von 7-9 Uhr.

### Vermischtes.

**Doppelhinführung.** Die wegen Ermordung des Arbeiters **Bernitt** (Kreuz-Brandenburg zum Tode Verurtheilten, Ehefrau **Bernitt** und Händler **Briggmann** sind beide gestern früh in **Särröw** durch den Scharfrichter **Reindel** hingerichtet worden.

**In Erlangen brannte** gestern früh das Anwesen des **Konditors Herzog** nieder. Herzog kam in den Flammen um, seine Frau und drei Kinder wurden schwer, zwei weitere Kinder leicht verletzt.

**Eine neue Bräuterei.** Aus **Freising** berichtet die „Münch. Post“: Ein Unteroffizier des 1. Feldartillerie-Regiments verbrachte den Sylvesterabend in Gesellschaft eines Apothekerprovisors in sehr animirter Stimmung. Während des Abends kamen die beiden Herren in Wortwechsel, der alsbald geschlichtet wurde. Am Neujahrstag früh 10 Uhr begegneten sich die beiden Herren vor dem Garnisonlazareth, wobei der Unteroffizier kurzerhand seinen Säbel zog und den Provisor niederschlug. Schwere Verletzung wurde dieser ins Garnisonlazareth in **Freising** gebracht, der Unteroffizier wurde festgenommen. Der Zustand des Verletzten soll ein schlimmer sein.

**Ueber die Pest in Indien** wird berichtet: Aus **Bombay** ist die Pest bis **Kurrachee** vorgedrungen; bisher sind in **Kurrachee** 68 Fälle, davon 59 mit tödlichem Ausgang, vorgekommen. - Die „Daily Mail“ berichtet aus **Bombay**, 29. Dezember: Während der letzten zwei Tage sind 177 neue Erkrankungen und 130 Todesfälle an der Pest hier vorgekommen. Die amtlichen Zahlen sind verwerflich. Die indischen Aerzte geben alle möglichen Fälle als Pest an. Nach ihren Zahlen sterben 100 von 1000 Personen. Die eingeborenen Indier fliehen zu Tausenden aus der Stadt. Jeder Eisenbahnzug ist voll. Ueber 200 000 Personen sind schon geflüchtet. Die Gefahr besteht darin, daß gerade diese Flüchtlinge die Gefahr nach auswärts verbreiten. Niemals seit der britischen Okkupation hat Indien eine solche Plage erlitten. Infolge der Seuche steigen die Mieten in den gefährlichen Vorstädten **Bombays** täglich. Daher kommt es, daß einige Theile der Stadt entvölkert und die übrigen überdöckert sind. Wie es in **Bombay** zugeht, mögen die folgenden Beispiele lehren: In einem englischen Geschäftshaus haben zwölf indische Angestellte. Die übrigen ergriffen die Flucht. Sobald ein Pechfall in einem Hause der Eingeborenen vorkommt, läuft alles davon. Auf dem Feuerbestattungspalast der Hindus brennt es Tag und Nacht. In dichten Schwärmen haben sich die Weier eingefunden. In einer Straße zählte der Berichterstatter zwanzig Leichenbegängnisse in 20 Minuten. Ob Europäer bisher Opfer der Pest wurden, darüber wird unnützlich Schweigen beobachtet. Es scheint aber, daß diejenigen, die mit der eingeborenen Bevölkerung zu verkehren haben, auch allmählich von der Seuche ergriffen werden. Der holländische Konsul **Otto Schiller** befindet sich im Hospital. Man weiß allerdings nicht, ob er pektant ist. Die Engländer bleiben in **Bombay**. Man darf in Europa nicht vergessen, daß die Drahtungen die Sache möglichst zu vertuschen suchen. Das erfordert allein das Geschäftsinteresse.

### Eingelaufene Druckschriften.

Von der **Reichsheil.** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. (Stuttgart, J. G. D. Diez Verlag) ist und werden die Nr. 1 des 7. Jahrgangs angekündigt. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Vertheilung (Schick). Von E. Jacobs. - Weidmann am roten Banner. - Weibliche Aufsichtspersonen in Fabriksbetrieben. Von Sofie Schön. - Aus der Bewegung. - Strafen von den Arbeitsbedingungen in der Spielwaren-Industrie zu Weidmannshausen. 1. Th. - Die Jahresrechnung des englischen Nationalverbandes weiblicher Arbeiter. - Heilwörter. Ein Traum. Eine Weihnachts-Vergangenheit von H. Korolenta. - Kleine Nachrichten.  
Die „Reichsheil.“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsverzeichnis für 1897 unter Nr. 299) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Erband 30 Pf.  
Von der „**Reichen Zeit**“ (Stuttgart, J. G. D. Diez Verlag) ist ferner das 16. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Politik und Sozialismus. - Die Lage der preussischen Steinbrüche-Bevölkerung. - Zur Geschichte des Norddeutschen Handels. Von Eduard Bernheim. - Moderne deutsche Lyrik. Von H. Strobel. (Veröffentlichung). - Beilagen: Auf der Landstraße. Von Franz Hise-Schäfer. (Schluß).

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 7-8 Uhr statt.  
N. 30. Am 23. (nicht 24.) Januar 1897 befaßte der Reichstag in zweiter Lesung, die Fortdauer des Sozialistengesetzes an seine Zeit-

begrenzung zu binden, da aber die Majorität des Reichstages für die Fortdauer der vollständigen Ausweitungsbefugnisse eingetreten war, erklärten die Konservativen das geänderte Gesetz für unannehmbar und stimmten am 25. Januar 1897 in der dritten Lesung mit dem Sozialdemokraten, Freisinnigen und den anderen Gegnern des Sozialistengesetzes gegen die in der zweiten Lesung festgesetzte Fassung; so fiel das Sozialistengesetz in der am 25. Januar 1897 erfolgten Abstimmung mit 109 gegen 98 Stimmen.

**Konditor Schulz.** Die sind im Unrecht. Ihr Schritt war weder nötig noch zeitig er von großem Nutzen. Gestalt Ihnen in der Organisation dies oder jenes nicht, so helfen Sie selbst es besser. Im übrigen ist gegen Sie nichts gar nicht zu ermahnen, ob überhaupt die Organisation um Unterführung angegangen ist.  
E. W. Poststraße. Und wohlbekannt, aber kein Ausschließungsgrund für die Benutzung der Journalistenrechte des Reichstages.  
Zwei Wettende. Jede Wettende wird für sich gemacht, doch trifft sich höchstwahrscheinlich täglich der Fall ein, daß mehrere Wettenden zugleich angewendet werden.

H. R. Ihre keine der Kräftegen können wir eine Garantie übernehmen; was die betr. Kasse betrifft, ist kein und jeglicher Anlaß für Ihre Wille.  
M. R. R. Klein - M. R. I. 1. Die Wettend kann er mitnehmen. 2. Mit einer Trennung würde Sie nicht durchkommen. - E. G. S. Wenden Sie sich an den Kommandanten Ihres Bezirks. - Hildebrandt. 1. Ja. 2. Klein. - Zwei Wettende. Widerspruch gegen die Staatsgewalt liegt vor, wenn der Widerspruch gegen Besatz geleistet ist, während der Besatz in rechtswidriger Ausübung seines Amtes sich befindet. - E. G. S. 100. Sie müssen zum Termin persönlich erscheinen. - E. G. 1. Beleidigung ist mit Geldstrafe bis 600 Mark oder mit Gefängnis oder mit Haft von 1 Tag bis 1 Jahr bedroht. 2. Ja. - E. G. S. 153. Der zum Kriminalland bestellte Rechtsanwalt erhält von niemand - außer von der unterlegenen Partei - Entschädigung. - E. G. S. 149. Sprechen Sie zur Klärung in der juristischen Sprechstunde vor. - E. R. Schöneberg. 1. Die Stille des Königs von Preußen beträgt 15 719 268 M. 2. Pringen erhalten als solche nichts vom Staate. - Rammeln. 1. und 2. Klein. 3. Ja. - E. G. S. 25. Die Fortdauer des Reichstages kann verlangt werden. - H. W. Jüterbogk. 1. Unverständlich. 2. Klein. - A. Geisler. 1.-3. Ja. 4. Einz. 2-4 M. 5. Die Höhe des Stempels hängt von der Höhe des Objekts ab, um das es sich handelt; auch ohne Stempel ist der Vertrag rechtswirksam. 6. Klein. - E. 25. Es muß eine - im Streitfall und falls im Vertrag nichts ausgemacht ist, vom Gericht festzusetzen - angenehme Zeit zur Beilegung der Wohnung gewählt werden. 17. Stunden sind keineswegs hinreichend; das Berliner Gericht pflegt mindestens 6 Stunden als angemessen zu erachten. - R. Königsbergerstraße. 38 und unverständlich. - E. G. S. 16. 1. und 2. Klein. 3. Ja 3. Monaten. - E. G. S. 16. Der alte Kontrakt wäre nach Ihrer Darstellung zum 1. April beendigt. - E. G. S. Nach Ihrer Darstellung scheint Verjährung nicht vorzuliegen. - E. G. S. 59. Die Kündigung ist rechtzeitig erfolgt. Die Einrede des Nichtertrags braucht nicht geltend gemacht zu werden. Die Einrede des Nichtertrags ist hinsichtlich der Wohnung geltend gemacht. 17. Stunden sind keineswegs hinreichend; das Berliner Gericht pflegt mindestens 6 Stunden als angemessen zu erachten. - R. Königsbergerstraße. 38 und unverständlich. - E. G. S. 16. 1. und 2. Klein. 3. Ja 3. Monaten. - E. G. S. 16. Der alte Kontrakt wäre nach Ihrer Darstellung zum 1. April beendigt. - E. G. S. Nach Ihrer Darstellung scheint Verjährung nicht vorzuliegen. - E. G. S. 59. Die Kündigung ist rechtzeitig erfolgt. Die Einrede des Nichtertrags braucht nicht geltend gemacht zu werden. Die Einrede des Nichtertrags ist hinsichtlich der Wohnung geltend gemacht. 17. Stunden sind keineswegs hinreichend; das Berliner Gericht pflegt mindestens 6 Stunden als angemessen zu erachten. - R. W. Weidenerstraße. 1. und 2. Klein.

**Briefkasten der Expedition.**  
E. G. S. Die unrichtigen Ausgaben werden für gut gehalten.

Witterungsübersicht vom 5. Januar 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeresspiegel.	Windrichtung.	Wolkenlage (Clain 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°F. = 40° F.).
Sroinemsünde	771	NO	2	Rebel	-3
Hamburg	769	NO	3	bedeckt	-1
Berlin	771	NO	3	bedeckt	-1
Wiesbaden	769	NO	1	bedeckt	-4
München	769	O	3	wolkenlos	-9
Wien	771	SO	1	bedeckt	-1
Haparanda	777	S	2	Schnee	-4
Petersburg	-	-	-	-	-
Uorl	757	N	2	Rebel	4
Aberdeen	758	SW	3	heiter	3
Paris	768	S	2	bedeckt	0

Wetter-rogno für Mittwoch, 6. Januar 1897.  
Theils heiter, theils neblig bei etwas strengem Frost und schwachen südlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

**Belle=Alliance=Theater.**  
Die Volks-Vorstellungen unter Regie von **Julius Türk** werden von nun an unter Theater täglich annoncirt.  
Sonntag, den 10. zum letzten Male: **Don Carlos.**  
Sonntag, den 17. zum ersten Male: **Gläubiger von Strindberg;**  
**Die Unehrlichen** von **Kovetta.**

**Zentral-Franken- und Sterbekasse der Maler**  
(E. G. 71, Hamburg).  
Hilflos Berlin I. Nord.  
Mitglieder-Berammlung am Freitag, den 8. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal der Rosa, Schönholzer u. Ruppinerstraße-Ecke.  
Tages-Ordnung:  
1. Vierteljährlicher Rollenbericht.  
2. Wahl der gemeinsamen Verwaltung.  
3. Kassengelegenheiten. 313/75

Warme Hermit leben, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. J. Smolak, Schloßstr. 31.

**Tabaksstengel**  
nimmt Rohstoffhandlung für 12 M. in Zahlung bei sehr billigen Preisen. Schönholzerstr. 7, Laden links. 880/2

**Große Betten 12 M.**  
(Oberbet, besteht zwei Kissen mit gereinigtem neuen Feder mit Gassen fertig, Berlin S., Oranienstr. 46. Preisliste kostenlos. Viele Ausfertigungsschreiben.

Gutes gangbares Kolonialwaaren-geschäft umständlicher los. Billig zu verkaufen **Dieffenbacher**. 35. 314/5

**Der Stolz der Hausfrau**  
ist eine blendend weiße Wäsche. Diese wird am sichersten erzielt durch die Verwendung des echten  
**Dr. Thompson's Seifenpulvers**  
zum Waschen und Bleichen, wobei die Stoffe mehr geschont werden, als bei jeder anderen Waschmethode, auch viel Mühe, Zeit und Geld erspart wird.  
Nun achte auf die Schutzmarke „Schwan“.  
Zu haben in den meisten Droguen-, Seifen- und Kolonialwaaren-Handlungen.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Maurer  
**Emil Lehmann**  
nach kurzen künftigen Leiden an der Lungenerkrankung gestorben ist. Die Beerdigung findet statt Donnerstag, den 8. Januar, um 4 Uhr auf dem Schöneberger Kirchhof in der Warstraße.  
Die tiefbetrübten Eltern,  
**Familie Lehmann**, Schöneberg, Klagenstr. 15. 315/18

Ein neues Andenken im Herzen wahr seinem Willen  
**Emil Lehmann**  
Der Rauchklub „Phönix“, Schöneberg, Mitglied des Arbeiter-Kameradschafts.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Carl Geschwind**  
am 4. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 7. d. M., nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause Reinickendorferstr. 65 nach dem Kirchhof der Landeskirche Wilmersdorferstr. 334/8

Die Kollegen der **Reichsheil** sehen das Piano-Ordnung.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß der Tod meinen Vater von seinen Leiden befreit hat. 314/8  
Beerdigung Donnerstag, den 7. Jan., nachm. 3½ Uhr, vom Sterbehause. Um hilfes Beileid bitte  
**Emil Schmidt**,  
Trossdorferstr. Nr. 24.

**Dankagung.**  
Für die liebevolle Theilnahme und die zahlreichen Krankebesuchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Sohnes sagen wir hiermit Allen unseren herzlichsten Dank, insbesondere den Sängern des Gesangsvereins „Vieherläuf“ (M. d. H. S. H.) für den erhabenen Gesang am Grabe.  
Wittwe **Mocinus**,  
**Louis Mocinus** und Frau.

Allen Freunden, Kollegen, Eingaben  
**Paulsen**, Steglitzerstr. 65.

**Achtung, Kupferhämmer!**  
Essentielle Versammlung der  
**Kupferhämmer-Gesellen Berlin**  
Sonnabend, den 9. Januar 1897, abends 7½ Uhr.  
bei Herrn **Reind**, Wiesenstr. 11, Reichstagslokal der Kupferhämmer.

Tages-Ordnung:  
1. Wahl von Anwälten zum Dispositionsfonds. 2. Beschlußfassung über die Mittel aus der ehemaligen Brüderlichkeit der Kupferhämmer-Gesellen von 1871 (Palme, Willkommen, Feder, Standarten, Wappentafel u. dergl. mehr). 3. Beschlüsse. 50/9

Der Vertrauensmann der Berliner Kupferhämmer.  
Zur Dedung der Unkosten findet Teilerfassung statt.

NB. Die Kollegen werden ersucht, es den älteren Kollegen mitzutheilen, die der alten Kunst angehören; dieselben denen, die der jetzigen modernen Organisation angehören und den „Vorwärts“ nicht lesen.

Gebäude, höhere Kräfte, Berl. für 600 M. Ost. str. Sch. Postamt 59. 314/8

**Arbeitsmarkt.**  
Wamfels auf bessere Anwesenung verlangt Stein, Wollstr. 22.

**Kolporteur**  
für Bilder, Spiegel, Gausagen, bei hoher Provision, verl. in der Nähmehrfabrik **Reichstagsstr. 18.** 2115/8

**Façondreher**  
verlangt Schraubenfabrik Charlottenburg, Potsdamerstr. 35.

Einem **Granit-Schleifer** verlangen **Herrnberg u. Seemann**, Wilmersdorferstr. 3, 2 Tr. 313/8

**Elektrotechniker**, welcher patentfrei guten Akkumulator herstellt, verl. **Seemann**, Schloßstr. 11. 314/8

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**  
Mittwoch, den 6. Januar.  
Opernhaus. Carmen.  
Schauspielhaus. Der Verschwendter.  
Deutsches. Die verurteilte Witwe.  
Berliner. Renaissance.  
Nachmittags 3 Uhr: Nischenbrödel.  
Festung. Jedem das Seine. Vorher: Das Delphälein.  
Westen. Fedora.  
Neues. Marcelle.  
Reichens. Der Frauenjäger.  
Unter den Linden. Der Schmetterling.  
Thalia. Goldene Herzen. Hierauf Das Wetterhäuschen.  
Central. Eine wilde Sache.  
Schiller. Ein Wintermärchen.  
Chien. Scherenscher.  
Belle-Alliance. Adam und Eva.  
Volks. Robert und Bertram.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Belchenreifer.  
Alexanderplatz. Sein Verhältnis.  
Passage-Panoptikum. Traumbilder.  
Spezialitäten.  
Apollo. Spezialitäten.

**Belle-Alliance-Theater**  
Volks-Vorstellung  
unter Regie von Julius Türk.  
Sonntag, 10. Jan., nachm. 3 Uhr:  
Zum letzten Male:  
**Don Carlos.**  
Trauödie von Friedrich Schiller.  
Hilff: Wilhelm Ruff; Götterbech: Theresie Freyburg a. Gest.; Don Carlos: Richard Jungas; Marquis Posa: Paul Tietz. — Eintrittstaxen a 60 Pf. sind in den bekannten Kassastellen zu haben. Die Billets werden verkauft.

**Friedrich-Wilhelm-Theater.**  
Der Beilchenreifer.  
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.  
Donnerstag: Der Meinelbauer.  
Volksstück in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.  
Freitag: Die Waife von Lowood.  
Schauspiel in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. — Jane Eyre: Mary Belg als Gast.  
Sonabend, nachm. 4 Uhr: Max und Moritz. Eine lustige Bubengeschichte in 5 Rollen Streichen von Fritz Schäfer.  
— Abends 8 Uhr: Vor Sonnenaufgang. Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Sonntag 4 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. — Abends 8 Uhr: Der Beilchenreifer. — Montag: Zum 1. Male: Das Gdikt des Kaisers.  
Billets ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse, ausserdem im Invalidenpark, Unter den Linden 24, bei Paul Rameis, Leipzigerstraße 6, und Julius Sengenfeld, Markgrafstr. 50.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Millionenbauer.  
**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.  
Täglich:  
Schwerendther. Pöffe mit Gefang von Ost. Klein. Musik von G. Steffens.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr:  
Auf allgemeinen Wunsch bei ermäßigtem Preise: Der deutsche Michel.

**Volks-Theater**  
31 Reichenbergerstr. 31  
nahe dem Kolbitzer Thor.  
**Weihnachtsfest-**  
**Dekoration**  
säkmtlicher Säle.  
**Robert und Bertram**  
Grosse Gesangsposse in 4 Akten von G. Hader.  
Anfang: Sonntag 7 Uhr.  
Wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. bis 4 M.

**Moabiter Stadt-Theater**  
Alt-Moabit 48.  
Heute  
so wie von nun an wieder jeden  
Mittwoch:  
**Stettiner Sänger**  
(Mensel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).  
Anfang früh 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).  
„Emma, mein Mause-schwänzchen!“ Neuzeitliche Burleske.  
Donnerstag, 7. Januar:  
Konzerthaus Sandsonci.  
Freitag, 8. Januar:  
Victoria-Brauerei.  
Achtung! Achtung!  
Englischer Garten, Straße 27 a.  
Sonntag, 28. Febr., 13. u. 14. März,  
21. März (Sonntag) 875 U.  
Säle frei.

**Central-Theater.**  
Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schulz.  
Mittwoch, den 6. Januar 1897:  
Emil Thomas a. G.  
Zum 107. Male:  
**Eine wilde Sache.**  
Grosse Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von W. Mannsbald und J. Freund.  
Musik von J. Gindelschöfer.  
Anfang 1/2 8 Uhr.  
Morgen und die folgenden Tage:  
Eine wilde Sache.

**Alexanderplatz-Theater.**  
Heute und die folgenden Tage:  
Plante Kowität! Sein Verhältnis.  
Sittensbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Karl Pohle. Anfang 8 Uhr.  
Bonds, auch die zu anderen Vorstellungen ausgearbeiteten, behalten ihre Gültigkeit. — Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Max u. Moritz.  
Eine lustige Bubengeschichte in 5 Rollen Streichen von Fritz Schäfer.  
Billets sind schon 3 Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben.

**Thalia-Theater.**  
(vormals Adolph Ernst-Theater).  
Goldene Herzen.  
Schauspiel in 4 Akten von C. Karlweid.  
Hierauf:  
Das Wetterhäuschen.  
Musikal. Genrebild von Adrian Koh. Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von Selbu.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Parodie-Theater**  
Craniestr. 52.  
Gastspiel der reisenden Schauspielergesellschaft des Direktors Joh. Lampe aus Döbern bei Benken in Böhmen: Die Kreuzfahrer oder Emma von Falkenstein. Grosse romantische Sittenchauspiel. Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf. bis 3 M. NB. Verschönerungsbillets: Da dieses Stück sich überall des besten Erfolgs erfreute, so glaube ich in der Wahl desselben auch hier keinen Fehler gemacht zu haben. Einem zahlreichen Besuche entgegengehend. Hochachtungsvoll Johann Lampe, Direktor.

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gläd.  
Täglich  
Vorführung des Sensationsbildes  
**Endlich allein!**  
Auftreten der schönen Geolin  
**Carlotta Kara**  
der vorzüglichen Akrobaten  
**The Kellinos**  
u. f. w. u. f. w.  
Rassendöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Urania, Tauben-Strasse**  
No. 48-49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

**Sternwarte**  
Invalidenstr. 57/62  
Vehrer Stadtbahnhof.  
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab  
50 Pf. Im Theater-Saale täglich  
8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.  
Näheres die Tagesanschlüsse.

**Passage-Panoptikum.**  
Nur noch kurze Zeit!  
**Traumbilder.**  
Weihnachtsfeier in Musik u. Gesang.  
Ohne Extra-Entree.

**Castan's Panoptikum.**  
Neu! Die wunderbaren indischen  
Neu! Pygmäen.  
Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

**Feen-Palast, Burg-Strasse 22.**  
Direktion Winkler & Fröbel.  
Wiederholung der  
**Neujahres-Fest-Vorstellung.**  
**Kolossaler Erfolg**  
des neuen  
**Niesen-Programms**  
25  
**Sensations-Nummern.**  
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.  
Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf.

**Berliner Possen-Theater**  
Münzstrasse 17.  
(Eingang Sdnicgaraben.)  
Direktion: Joseph Hsinger und Leonhardy Hasel.  
**Sein Portrait.**  
Schauspiel von V. Hasel.  
**Des Löwen Erwachen.**  
Operette von Brandt.  
**Der Lumpenball.**  
Burleske von R. Dann u. V. Hasel.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

**Circus Renz**  
Karlstrasse.  
(Jubiläum-Zaifon 1896/97.)  
Mittwoch, den 6. Januar 1897,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Kolossaler Erfolg.**  
**Lustige Blätter!**  
Aus dem equestrierten Teil des Programms sind besonders hervorzuheben: Mazud u. Atheraud, atab. Hengste, in Freiheit vorgeführt von Herrn Hugo Derzag. Frühlingsreigen, dargestellt von Hl. Wally Renz, Frau R. Renz, Mh. Gllz, Mh. Zephora und dem Postillon d'Amour (Hl. Agnes). 16 Spring-Akrobaten, unübertroffene Novität. — Morgen, Donnerstag:  
**Lustige Blätter!**  
**Franz Renz,**  
Kgl. Kommissionsrath und Direktor.

**Schippanowsky's**  
**Deutsche Konzerthallen**  
Spandauer Brücke 3.  
Neu! Neu! Neu!  
**!! Im Frühlingsglanz !!**  
Populäre Konzerte:  
Im Pflanzgarten,  
In der Rosenlaube,  
Im Ohligarten,  
In der Hopfenlaube,  
Im Weinberge.  
Entree frei! Entree frei!  
Theater-Abtheilung:  
Auftreten von Humoristen, Komikern u.  
**Steffe's Brautfahrt**  
Posse.  
Ausschank der Berliner  
Bock-Brauerei.  
**Inventur-Ausverkauf.**  
Von 6. bis 15. Jan., vorm. 9 bis  
12 Uhr, werden diverse bei der In-  
ventur ausgegebene Strümpfe und  
Strickgarne zu herabgesetzten Preisen  
verkauft. **Strumpffabrik.** Ballner-  
theaterstr. 20-27, Aufg. VII. 31456

**Circus Busch.**  
Bahnhof Börse.  
Mittwoch, den 6. Januar 1897,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. außerordentl. Vorstellung.**  
Sensationeller Erfolg!  
**Nach Sibirien.**  
Besonders hervorzuheben: Die Fahrt mit der Traika einen 30 Fuß hohen Berg hinauf. Ein Rock in seinem Circus gezeigt. Original-Dee des Dr. Busch. Ausserdem: Der Busch mit seinen beidseitigen Freiheitssperden. Elektrische Quadrille, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Auftreten des Schreiters Herrn Salamonöki. Der vorzähf. Jockeireiter Mr. Koches. Geldw. Teife. Drahtseilkletterer ohne Konkurrenz. Spezialitäten ersten Ranges. Vorzügliche Clowns.  
Morgen: **Nach Sibirien.**

**Alcazar**  
Variété und Spezialitäten-  
Theater I. Rang.  
Dresdenerstr. 52/53 (Cim-Passage)  
Jahreszahl. 42/43.  
Bornehmlicher Familien-Kaufhall.  
Neu! Papa's Jahrschmerzen. Posse mit Gesang in 1 Akt. Leonhard und Falconi! Oper und Operetten-Quartetten ohne Konkurrenz. Brothens A. H. O. N. Luftturner. Letzte Sieger, preisgekrönte Kontra-Militin. Der urkomische Beschling. Die berühmte Bariffon.  
Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree  
Sonntags 6 u. 30 Pf.  
R. Winkler.

**Loh-Tannin-Bad**  
nur Chanseestr. 35.  
Bäder für Kranke, Kranke,  
Probefad I. Mark.  
F. Pettersson.

**Texika**  
v. Meyer u. Brodhaus  
und andere Bücher jeder  
Wissenschaft laut  
129/11 Antiquariat Kochstr. 56. I.

# Ausnahme-Preise

**Kleiderstoffe**  
Sämmtliche Neuheiten der letzten Saison, einfarbig und gemustert, sowie  
**Reste und einzelne Roben**  
sind im Preise bedeutend herabgesetzt.  
Tartalan mit Silberstreifen Meter 30 Pf.  
**Tischzeuge**  
Reinlein. Tischtücher 95, Pl. 1,20, 1,85 Mk.  
Stubenhandtücher Dtz. 3,75 u. 5 Mk.  
Küchenhandtücher Dtz. 2,80, 3,60, 4,50 M.  
Rolltücher 45, 70, 85 Pf.  
**Damen-Wäsche**  
Priesenhemden mit Spitze 1,20 M.  
Achselschlusshemden mit Spitze 1,65 Mk.  
Beinkleider mit Stickerei 1,65 Mk.  
Nachtjacken, Dimitti mit Spitze 1,55 Mk.  
**Putz-Artikel**  
Abgepasste Rüschen 25 u. 48 Pf.  
Colliers aus Band und Spitzen 45 Pf.  
Ballfächer mit Malerei und Spitzen 1,10 Mk.  
Straussfederfächer 2 Mk.  
**Damen-Handschuhe**  
Ringwoods 35 Pf.  
Tricothandshuho mit Futter 40 Pf.  
Ballhandschuhe, schwed. imit. 55 Pf.  
Länge 12 Knopf

**Porzellan**  
Kaffeetassen 10 Pf.  
Kaffeekannen 22, 25, 50, 65 Pf.  
Theekannen 45 Pf.  
Milchtöpfe, 4 Grössen, 10, 12, 15, 20 Pf.  
Speiseteller, weiss, 10 Pf.  
Dessertteller, „ 8 Pf.  
bemalt, durchbrochen, 10 Pf.  
Satztöpfe, bunt bemalt, 3 Stück 45 Pf.  
Steingut-Vorratsstollen, blan, 32 Pf.  
„ Speiseteller, weiss, 6 Pf.  
Thee gläser mit Bordüre 15 Pf.  
Champagnergläser, Blumenmuster, 10 Pf.  
Wassergläser, Blumenmuster, 12 Pf.  
Bierbecher mit Goldrand, 16 Pf.  
**Emaille-Geschirre**  
II. Qualität,  
Schmortöpfe, Kasserollen, Wasserkessel, Schüsseln,  
Wasserkrüge u. s. w.,  
nach Gewicht Pfund 35 Pf.  
Marmorirte Eimer, Durchm. 28 ctm., 85 Pf.  
**Galanteriewaaren**  
Jap. Dekorationsfächer, ca. 70 ctm. gross, 30 Pf.  
Jap. Krümelschaukeln mit Besen 30 Pf.  
Franz. Bronze-Figuren mit 10% Rabatt.

**Möbelstoffe**  
Gardinen, weiss und crème, das Fenster 3 Mk., das Mtr. 45 Pf.  
Schlafdecken 1,65 Mk.  
Plättdecken, weiss mit Bordüre 1,35 Mk.  
**Wollwaren**  
Damensrümpfe, schwarz gewebt 64 Pf.  
schwarz gestrickt 70 Pf.  
„Damenröcke“, gestrickt 1,35 Pf.  
**Damen-Schürzen**  
Hauschürzen, extra weit 85 Pf. u. 1,15 Mk.  
**Tapiserie-Artikel**  
vorgezeichnet:  
Bürstentaschen, steilig, Fils mit Plüsch 35 Pf.  
Journalmappen, Fils mit Plüsch 75 Pf.  
Streichholzbehälter, Fils 75 Pf.  
**Schuhwaren für Damen**  
Filzpantoffel mit Absatzflock 90 Pf.  
Filzschuhe 1 Mk.  
Tanzschuhe, Kalblackleder 2,90 Mk.  
**Herren-Konfektion**  
Hohenzollernmäntel 20 Mk.  
Winterjoppen, gefüttert 7,50 Mk.  
Beinkleider aus Buckskin 5 Mk.  
**Knaben-Anzüge,**  
blauer Cheviot mit Matrosenkragen  
6 Grössen 2,80 bis 4,90 Mk.

# Warenhaus A. Wertheim.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacoben in Berlin. Für den Inseratenthail verantwortlich: Th. Gloske in Berlin. Druck und Verlag von Max Hading in Berlin.